



AUSGABE 14 · 35. JAHRGANG · 13. WAHLPERIODE · 8.12.2004

Integration

Muslime demonstrieren gegen Terror: Das hat das Parlament beeindruckt. Aktuelle Stunde zur Integration.



S. 3

Maschendrahtzaun

Das kann doch nicht wahr sein – eine Behörde versteift sich auf einen Maschendrahtzaun. Erst ein Wink von oben veranlasst sie zum Einlenken. Ein Fall aus dem Petitionsausschuss, der seinen Halbjahresbericht vorlegte.

S. 8

Stasi-Tätigkeit

Sollen sich die Abgeordneten auf eine eventuelle Spionagetätigkeit für die DDR überprüfen lassen? Und wenn ja wie – verpflichtend oder freiwillig? Der Hauptausschuss auf der Suche nach einem Kompromiss.

S. 14

Europapolitiker

Zehn Jahre hat er in leitender Funktion im Ausschuss der Regionen, einem wichtigen Gremium der EU, mitgearbeitet. Jetzt zog der Abgeordnete Professor Dr. Dammeyer im Europa- und Einwelt-Ausschuss die Bilanz.

S. 17

Alle Jahre wieder – jetzt in der Adventszeit häufen sich die Spendenaufrufe. Hilfswerke wie „Menschen für Menschen“ von Karlheinz Böhm – hier im Landtag inmitten junger Menschen, die er für Äthiopien begeisterte – bitten um Geld. Am 1. Advent starten auch die kirchlichen Aktionen Adveniat und Brot für die Welt. Aber die Zeit, etwas für die armen und benachteiligten Menschen in Afrika, Südamerika und Asien zu tun, kennt keine Saison. Diese Verpflichtung besteht immer und für alle, den Einzelnen und die Politik. Der Landtag hat das beizeiten erkannt und einen Ausschuss eingerichtet, der sich auch um den Bereich „Eine Welt“ kümmert. Was kann er tun, um die Entwicklung zu fördern – mit den Mitteln, die einem Bundesland zur Verfügung stehen? (Seiten 11 bis 13).

Fotos: Schälte/Dorf Müller

Wort und Widerwort:

„Wie sicher leben die Menschen in Nordrhein-Westfalen?“

Kriminalität ist Alltag, ein Blick in die Medien genügt. Aber es sind nicht nur der weltweite Terror und die großen Verbrechen, die die Menschen beunruhigen. Auch der Wohnungseinbruch nebenan wird wahrgenommen und drängt die Frage auf: „Wie sicher bin ich eigentlich in meiner Umgebung?“ Die Landtagsfraktionen geben darauf unterschiedliche Antworten. Die einen wollen bessere Gesetze, mehr Mittel und Personal („Die Polizei gehört auf die Straße“), die anderen setzen auf neue Methoden, eine qualifizierte Ausbildung und den Einsatz von Spezialisten. Die Koalition meint, dass hohe Qualität und gute Ausstattung der Polizei für die Sicherheit entscheidend sind. (Seite 10).



Menschen für Menschen –
NRW und die Dritte Welt

Inhalt

Inhalt/Editorial	2
Aktuelle Stunde zur Integration von Muslimen	3
Nachtragshaushalt	4/5
<i>Heftiger Schlagabtausch zwischen Regierungslager und Opposition</i>	
LEG im Kreuzfeuer der Kritik	6
<i>Ermittlungen gegen Vorstandsvorsitzenden</i>	
„Kein Schaden für die LEG“: Stand der Ermittlungen	6
NRW will Recht der Fahrgäste im Nahverkehr stärken	7
Mehr Rechte als das Parlament	8
<i>Petitionsausschuss kritisiert Kompetenzverteilung bei Härtefällen</i>	
Flughafen Dortmund eine „Subventionsruine?“	9
Klassenfahrten: Mehr Geld für Erstattung der Lehrerkosten?	9
Wort und Widerwort	10
<i>Wie sicher leben die Menschen in Nordrhein-Westfalen?</i>	
„Menschen helfen Menschen“: Interview mit Karlheinz Böhm	11
Bittsteller für ein stolzes Volk: Karlheinz Böhm wirbt im Landtag	11
„Hilfsprojekte besser vernetzen“	12/13
<i>Interview mit den Sprecherinnen und Sprechern für Eine-Welt-Politik</i>	
Fraktionen suchen gemeinsame Position bei Stasi-Überprüfung	14
Bergbau am Rhein – Chancen und Risiken	15
Landwirtschaftliche Gebäude werden weiter genutzt	16
<i>Neues Gewerbe auf altem Hof</i>	
Zehn Jahre Ausschuss der Regionen	17
<i>Sitzung des Ausschusses für Europa- und Eine-Welt-Politik</i>	
Aktuelles aus den Ausschüssen	18
Essen auf dem Weg zur Kulturhauptstadt 2010	19
Rhein-Ruhr-Express ausgebremst	19
Professorenbesoldung: Mehr Geld für mehr Leistung	20
FCL im österreichischen Burgenland	20
Wandel durch Handel	21
<i>Abgeordneter legt Buch über Manager als Diplomaten vor</i>	
Aus den Fraktionen	22
Porträt der Woche: Dr. Thomas Rommelspacher (GRÜNE)	23
Kirche und Öffentlichkeit	23
Impressum	23
Geburtstage und Personalien	24

Entwicklungspolitik für den Frieden

Die Weltbank misst Armut am Pro-Kopf-Einkommen. Arm ist demnach, wer einen oder zwei Dollar pro Tag hat. Absolut arm, mit nur einem Dollar am Tag, sind 1,2 Milliarden Menschen. Arm, mit etwa zwei Dollar am Tag, ist die Hälfte der Menschheit. Doch das Pro-Kopf-Einkommen reicht nicht aus, um Armut zu definieren. Zur Armut gehört nicht nur eine ökonomische Dimension, sondern auch eine kulturelle und soziale Dimension. Wer keinen Zugang zum Bildungssystem und Gesundheitswesen hat, kann seine geistigen und körperlichen Fähigkeiten nicht entwickeln. Genau hier setzt Entwicklungshilfe an.

Die vergangenen 40 Jahre sind eine Mischung aus Erfolg und Misserfolg. Um die Arbeit der Länder besser zu vernetzen, wird jetzt eine koordinierte europäische Entwicklungspolitik gefordert. Politiker aus NRW setzen auf Vernetzung aller Hilfsorganisationen vor Ort. Ein noch verstärkter öffentlicher Dialog soll dafür sorgen, dass Sätze wie „Eine Welt – das geht mich nichts an“ der Vergangenheit angehören. Zusammenhänge müssen erklärt werden.

ZUCKER

Zum Beispiel hat das Parlament in Düsseldorf gerade über die vorgeschlagene Reform der EU-Zuckermarktordnung diskutiert. Jetzt sollen der Landwirtschaftsausschuss und der Eine-Welt-Ausschuss abschließend beraten. Es geht darum, die von der EU-Kommission vorgeschlagenen Preissenkungen für Zuckerrüben und Zucker zu verhindern und einen Binnenmarktpreis zu erhalten, welcher den Zuckerrübenanbau in NRW sichert sowie den 48 ärmsten Entwicklungsländern einen angemessenen Preis für ihre Exporte in die Europäische Union garantiert.

Nordrhein-Westfalen ist seit Jahren in der Entwicklungshilfe aktiv. Es gibt viele ehrenamtliche Aktive, zahlreiche Eine-Welt-Läden, eine Eine-Welt-Beauftragte der Landesregierung, Promotoren, Ausstellungen (wie die Ausstellung von Karlheinz Böhm's Stiftung „Menschen für Menschen“ im Landtag) und Projekte, Spendenaufrufe, Länderforen, Workshops und Finanzhilfen für private Vereine mit eigenen Entwicklungsprojekten.

Doch die Entwicklungspolitik muss sich neuen Herausforderungen stellen. Klimawandel, Migration, Armut, Staatenzerfall als globales Sicherheitsproblem müssen bewältigt werden. Es geht darum, die Fähigkeit von Entwicklungsländern zu stärken, die Chancen der Globalisierung zu nutzen. Und die Entwicklungspolitik als wirksames Instrument präventiver Friedenspolitik einzusetzen. **SH**

Partner für den Dialog gesucht

Aktuelle Stunde zur Integration von Muslimen

Moscheen und Koranschulen brennen. Seit der islamkritische Filmregisseur Theo van Gogh auf offener Straße in Amsterdam niedergeschossen wurde, ist in den liberalen Niederlanden nichts mehr wie zuvor. Der Mörder gehört zum Kreis der islamischen Terrorszene. Die Geschehnisse zeigen, welche Konflikte unter der Fassade des multikulturellen Zusammenlebens schwelen. Droht auch NRW eine Eskalation? Wie kann die Politik dem zuvorkommen? Und wie steht es um die Integration der muslimischen Bevölkerung? Auf Antrag der Grünen befasste sich der Landtag in einer Aktuellen Stunde mit dem Thema „Durch mehr Miteinander zu besserer Integration von Muslimen“.

Sybille Haußmann (GRÜNE) wies darauf hin, es gehe grundsätzlich darum, wie das Zusammenleben der Kulturen in unserem Land organisiert werden könne. „Wir kommen nicht darum herum, zu akzeptieren, dass wir in einer multikulturellen Gesellschaft leben.“ Dabei gehe es nicht um „blauäugiges Heile-Welt-Multikulti“, sondern darum, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit konsequent einzufordern und gleichzeitig die Teilhabe an unserer Gesellschaft anzubieten. Es bedürfe des verbindlichen Dialogs mit einer demokratischen Vertretung der Muslime, um Regelungen zum Schulbesuch von Mädchen, zum Religionsunterricht in deutscher Sprache und für eine Ausbildung muslimischer Geistlicher in Deutschland zu treffen.

Thomas Kufen (CDU) lobte das Bekenntnis der am 21. November in Köln demonstrierenden Muslime als wichtiges öffentliches Zeichen gegen Terror und Fundamentalismus. „Wir erwarten von den islamischen Verbänden das kompromisslose Bekenntnis zu

unserer grundgesetzlichen Ordnung“, forderte Kufen. Das bedeute auch die Unterstützung der Sicherheitskräfte bei der Bekämpfung von islamischem Extremismus. Grundlage des Zusammenlebens seien Menschenwürde, Solidarität und Gleichberechtigung. Laissez-faire Politik erzeuge erst den Rechtspopulismus, den sie zu bekämpfen vorgebe. „Wir plädieren dafür, dass sich die muslimischen Organisationen auf den Weg zu einem deutschen Islam machen“, schloss Kufen.

Britta Altenkamp (SPD) beklagte, dass es keinen autorisierten Ansprechpartner auf Seiten der Muslime gebe. Dadurch fände kein geregelter Dialog statt. „Wir können eine Schura nicht per Gesetz verordnen. Die Muslime in Deutschland und in NRW müssen einen solchen Rat aus sich heraus schaffen.“ In der heutigen Zeit, in der sich auch die christlich geprägte Mehrheit von ihren religiösen Wurzeln weit entfernt hätte, müsse ein Leitbild gefunden werden, das alle Religionsgemeinschaften akzeptieren könnte. „Bei vielen jungen Muslimen ist der Rückzug auf

die religiös-nationale Identität eine Reaktion auf ihre schlechte Lebens- und Ausbildungssituation“, sagte Britta Altenkamp. Deswegen bedürfe es mehr denn je interkultureller Vermittler.

Dr. Ute Dreckmann (FDP) kritisierte, die Muslime in NRW seien keineswegs so gut integriert wie vielfach angenommen. „Der sich auf den Islam berufende Terrorismus ist eine ernst zu nehmende Gefahr.“ Der Vorsitzende der Polizeigewerkschaft habe in einem Interview mit der Westfalenpost die gewaltbereiten Islamisten in Deutschland auf 3.000 geschätzt. Dass der Einfluss der Fundamentalisten auf die friedliche Mehrheit der Muslime zunehme, sei ein Zeichen der nicht geglückten gesellschaftlichen und beruflichen Integration. Gelungene Integration bedeute gleiche Chancen im Beruf und auch die gleichberechtigte Möglichkeit der Religionsausübung. „Davon sind wir in diesem Land noch weit entfernt.“

Sozialministerin Birgit Fischer (SPD) stellte die breite Infrastruktur der Integrationsarbeit im Land heraus. Die Opposition ignoriere den Prozess, der längst durch die Landesregierung eingeleitet worden sei. „Es gibt die Einrichtung eines Lehrstuhls an der Universität Münster für die Religionen des Islams und den Schulversuch ‘Islamische Unterweisung in deutscher Sprache.’“ Die Kölner Kundgebung habe den entschiedenen Friedenswillen der klaren Mehrheit der Muslime deutlich gemacht. Zwei große gesellschaftliche Probleme seien zu bewältigen: Die Anerkennung des Islam im Sinne der grundgesetzlich verankerten Glaubensfreiheit und eine entschiedene Politik gegen Gewalt und Terror, der sich zu Unrecht auf den Islam berufe.

Sozialministerin Birgit Fischer (SPD) stellte die breite Infrastruktur der Integrationsarbeit im Land heraus. Die Opposition ignoriere den Prozess, der längst durch die Landesregierung eingeleitet worden sei. „Es gibt die Einrichtung eines Lehrstuhls an der Universität Münster für die Religionen des Islams und den Schulversuch ‘Islamische Unterweisung in deutscher Sprache.’“ Die Kölner Kundgebung habe den entschiedenen Friedenswillen der klaren Mehrheit der Muslime deutlich gemacht. Zwei große gesellschaftliche Probleme seien zu bewältigen: Die Anerkennung des Islam im Sinne der grundgesetzlich verankerten Glaubensfreiheit und eine entschiedene Politik gegen Gewalt und Terror, der sich zu Unrecht auf den Islam berufe.



In Frieden und Harmonie leben will die überwältigende Mehrheit der Türken in Deutschland. Das betonte der neue türkische Generalkonsul beim Empfang im Landtag durch Landtagspräsident Ulrich Schmidt (r.). Kemal Tüzün (l.) ist 39 Jahre alt und hat Politikwissenschaft studiert. Im vergangenen Monat hat er seine Arbeit im türkischen Generalkonsulat in Köln aufgenommen. Von 1993 bis 1996 war er in der Bonner Botschaft seines Landes tätig. Foto: Schälte

„Den Auftrieb nicht abwürgen“ Heftiger Schlagabtausch zwischen Regierungslager und Opposition

In erster Lesung hat der Landtag den von der Landesregierung vorgelegten (zweiten) Nachtragshaushalt (Drsn. 6200 und 6201) zu den Haushaltsplänen 2004 und 2005 beraten und in die Ausschüsse überwiesen. Die Gesetzentwürfe sehen vor, dass die Neuverschuldung um rund 830 Millionen Euro angehoben wird. Die Nettoneuverschuldung steigt damit auf 6,9 Milliarden Euro. Dass die Investitionen um 3,25 Milliarden überschritten werden, begründet die Regierung mit der festgestellten Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts. Die Opposition machte dagegen die Politik der Landesregierung für die Probleme verantwortlich.

Finanzminister Jochen Dieckmann (SPD) machte die zu geringen Einnahmen des Landes für die Notwendigkeit des Nachtragshaushalts verantwortlich: Das

lastung von 52 Milliarden Euro nach sich ziehe. Wer da wie die CDU noch mehr Steuern senken will, der habe noch weniger Geld in der Staatskasse, gab er zu bedenken. Die Landesregierung habe sich entschieden, die Steuer-mindereinnahmen nicht durch Kürzungen, sondern durch eine Erhöhung der Nettoneuverschuldung zu finanzieren. Der Minister: „Die Schulden steigen also auch in diesem und im nächsten Jahr erneut an. Das macht keinen Spaß“, räumte Dieckmann ein und setzte hinzu: In dieser Lage allein aufs Sparen zu setzen, wäre die falsche Politik, „sie würde die Zeichen des wirtschaftlichen Aufschwungs missachten und die Auftriebskräfte der Konjunktur abwürgen“. Der Minister erinnerte an die Schritte zur Ausgabenkürzung, die man unternommen habe. Er machte Entscheidungen auf Bundesebene dafür verantwortlich, dass 2005

dass die Mindereinnahmen jetzt nicht auf die Jahre 2004 und 2005 umgerechnet, sondern auf 2006 kreditiert würden: „Das ist ein geeignetes Instrument.“ Die Kommunen müssten so zu ihren schon verabschiedeten oder weitgehend beratenen Haushalten keine weiteren Sparprogramme auflegen. Mit der Vorbelastung für 2006 müssten sie aber fertig werden. Für die Zukunft halte er aber einen anderen Weg zur Verstetigung der kommunalen Schlüsselzuweisungen für wünschenswert: „Nach meiner Einschätzung ist ein



Jochen Dieckmann (SPD)

Dr. Fritz Behrens (SPD)

gehe auch an-
deren
Ländern so und
sei kein Beweis, dass in
NRW nicht nachhaltig kon-
solidiert und Prioritäten gesetzt worden
seien. Bei den Steuereinnahmen müsse das
Land in diesem Jahr mit 750 Millionen Euro
weniger rechnen, im nächsten Jahr würden die
Einnahmen sogar um 1,4 Milliarden hinter
den Erwartungen zurückbleiben. Gründe für
diese Entwicklungen seien das geringe Wirt-
schaftswachstum und die Ausfälle durch die
große Steuerreform, die bundesweit eine Ent-

gegenüber
dem Vorjahr die
Ausgaben um 1,5 Pro-
zent stiegen – ohne diese
Belastungen wären die Ausgaben
im Land sogar um knapp drei Prozent zurück-
gegangen. Der Union warf der Minister vor, sie
habe durch ihr Verhalten zu der Lage bei-
getragen. Sie lehne die Abschaffung der Ei-
genheimzulage ab und spreche sich hartnäckig
gegen den Abbau von Subventionen aus.

Innenminister Dr. Fritz Behrens (SPD) fügte zu
den Auswirkungen auf die Gemeinden hinzu,



Dr. Jürgen Rüttgers (CDU)

Nachtragshaushalt dafür nicht der richtige
Ort. Deshalb möchte ich zu Beginn der
nächsten Legislaturperiode mit dem Par-
lament und selbstverständlich auch mit den
kommunalen Spitzenverbänden in einen Dia-
log eintreten.“ Ziel: Die Verstetigung der kom-
munalen Schlüsselzuweisungen. „Ich habe dazu
bestimmte Vorstellungen“, kündigte der Mi-
nister an.

Dr. Jürgen Rüttgers, CDU-Fraktionsvor-
sitzender, wandte sich an den Ministerprä-
sidenten: 6,9 Milliarden neue Schulden seien
eine „finanzpolitische Katastrophe und eine
ungeheure Hypothek für unsere Kinder“. Die
Lage des Haushalts werde systematisch ver-
schleiert, Öffentlichkeit und Landtag bewusst
getäuscht. Steinbrück sei der größte
Schuldenmacher in der Geschichte des Landes:
„Was Sie hier machen, ist zutiefst unmoralisch.
Das ist mehr als kreative Buchführung. Das ist
politische Bilanzfälscherei!“ Im Jahr 2004 sei
die Neuverschuldung fast doppelt so hoch wie
von der Landesverfassung erlaubt, rechnete er
weiter vor. Es liege auch nicht die behauptete
Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleich-
gewichts vor; Wirtschaftswachstum, fehlende
Inflation und der starke Export sprächen eine
andere Sprache. Auch der Haushalt 2005 be-
stehe aus „Tricksen und Täuschen“. So würde die
Steuerschätzung um 350 Millionen zu hoch
angesetzt. Es gebe keine Wirtschaftspolitik, der

Investitionsstau belaufe sich auf 20 Milliarden, in der Bildungspolitik fehlten Lehrer, falle Unterricht massenhaft aus und die Hochschulen des Landes seien alle nur Mittelmaß. In der Verbrechensbekämpfung trete man auf der Stelle, auf den Straßen stehe man im Stau. Rot-Grün ist mit seinem Latein am Ende. Rüttgers zu Steinbrück: „Ihre Politik lähmt die Kraft, die in unserem Land steckt. Ihre Politik verhindert den wirtschaftlichen Aufschwung. Kurz: Sie sind mit Ihrer Politik am Ende.“

lange den Verzicht auf die Wasserabgabe. Dann von der Regierung Sparen zu verlangen, sei „lachhaft“. Rüttgers hänge sein Mäntelchen nach dem Wind. Das sei zwar bequem, aber politisch falsch.

Dr. Ingo Wolf, Vorsitzender der FDP-Fraktion, erklärte die Vorlage des zweiten Nachtrags Haushalts für 2004 zu einem „regierungsamtlichen Dokument rot-grünen Ver-

Peer Steinbrück (SPD)

Fotos: Schälte

Sylvia Löhrmann (GRÜNE)

Dr. Ingo Wolf (FDP)

Edgar Moron (SPD)

Edgar Moron, SPD-Fraktionsvorsitzender, antwortete direkt: „Der Wahlkampf ist eröffnet“, das habe diese Rede gezeigt. Mit Blick auf die kommende Landtagswahl sagte Moron voraus: „Aus dieser Rede, nicht konstruktiv an der Bewältigung der Probleme zu arbeiten, sondern nur anzuklagen, haben Sie niemals eine Mehrheit gewinnen können und werden das auch in Zukunft nicht.“ Die CDU habe keine Antwort auf die Probleme des Landes. Sie verweigere sich dem Subventionsabbau, halte ihre Hand über die Pendlerpauschale und erkläre die Subventionen für die Landwirtschaft für sakrosankt. Sie verteidige die Eigenheimzulage und wehre sich gegen Vermögensteuer und Erbschaftsteuer. Das sei Straußsche Sonthofenstrategie: Es muss alles nur viel schlechter werden, dann haben wir vielleicht ein Chance, wieder an die Regierung zu kommen. Es gehe der CDU nur um sich selbst. Der CDU-Fraktionschef des Landes habe ein Glaubwürdigkeitsproblem: Er rede den Menschen nach dem Mund, meine es aber nicht ehrlich. Das merkten die Menschen, denn die seien nicht „blöd“, betonte der SPD-Fraktionsführer und wies auf die Einsparungen hin, die seine Partei durchgesetzt habe. Dagegen die Union: Sie fordere mehr für Ersatzschulen, Ganztagschulen, Verkehr und ver-

sagens“. Der Fraktionschef: „Dieses Finanzgebaren muss man in Analogie zu den Kategorien des Strafrechts zumindest als grob fahrlässig, ja sogar als leichtfertig einstufen.“ In Wahrheit habe der Ministerpräsident, der zuvor schon als Wirtschaftsminister und Finanzminister an der dramatischen Verschuldung des Landes mitgewirkt habe, das Regieren aufgegeben. Konsolidierungskonzepte der Regierung seien nicht einmal im Ansatz zu erkennen. Die rot-grüne Regierungsbilanz sei niederschmetternd. Man müsse sich um die Technologien von Morgen kümmern und nicht um „Waldpädagogik unter Gender-Aspekten oder um die Feldhamster“. Die Bürokratie müsse zurückgestutzt werden. „NRW war einstmals das wirtschaftliche Herz. Wir waren die Lokomotive, und heute ist das unruhliche Symbol die rote Laterne.“ Seine Partei wolle ein neues NRW, „ein Land, in dem sich neue Industrien aufbauen. Weg mit den Subventionen für die Steinkohle, her mit den entsprechenden Forschungen und Innovationen, um das Land nach vorne zu treiben“.

Sylvia Löhrmann, GRÜNE-Fraktionsvorsitzende, stellte für ihre Partei fest: „Wir verstecken uns nicht hinter hohlen Phrasen und vermeintlichen Sparankündigungen.“ Dagegen die Opposition: Deren Vorschläge und Berechnungen seien „wie immer unseriös, nicht durchdacht und auf kurzfristigen Krawall angelegt“. In der Politik komme man nur mit Ehr-

lichkeit weiter. Aber die CDU wolle weniger einnehmen und gleichzeitig immer mehr ausgeben. Mit der FDP zusammen kritisiere und blockiere sie gleichzeitig. So scheitere der Subventionsabbau an der Klientelpolitik beider Parteien im Bundesrat. Die grüne Fraktionsvorsitzende rechnete bei der Eigenheimzulage („ökonomisch wie ökologisch schädliche Subvention“) vor, für ein paar tausend Bauwillige würde erheblich mehr Geld ausgegeben als für sämtliche freiwillige Förderprogramme des Landes zusammen. Die Streichung der Zulage würde für NRW 700 bis 800 Millionen Euro ausmachen und dem Land Gestaltungsspielraum eröffnen. Hier und anderswo verweigere sich die Union und übernehme damit Verantwortung für die gegenwärtige Finanzsituation der öffentlichen Haushalte.

Ministerpräsident Peer Steinbrück (SPD) bestätigte, das Tempo der Verschuldung sei ein „riesiges Problem“. Sie sei auch eine Hypothek für die nachwachsenden Generationen, die durch eine nicht zureichende, auch fehlerhafte Politik in eine Art Mithaftung für Tilgung und Zinsen genommen würden. Aber NRW sei keine Insel. Das Verschuldungstempo sei Anfang der 90-er Jahre von einer Bundesregierung unter Beteiligung von Herrn Rüttgers vorgelegt worden. Die Landesregierung versuche, die oft zwangsläufigen Mehrausgaben an anderer Stelle einzusparen und die konjunkturell bedingten Mindereinnahmen durch eine höhere Verschuldung auszugleichen. Dieser Weg sei richtig und werde auch von Experten so gesehen. Was habe da die Opposition anzubieten? Steinbrück: „Nichts, rein gar nichts.“ Es gebe kein eigenständiges Profil, das in Vorschlägen der Opposition deutlich würde. Die CDU wolle am 22. Mai die Landtagswahl gewinnen, aber so, wie diese Haushaltsdebatte von ihr geführt werde, „bin ich mir mehr denn je sicher, dass es eine gute Chance gibt, dass ich auf meinem Platz da sitzen bleiben werde“.

LEG im Kreuzfeuer der Kritik Ermittlungen gegen Vorstandsvorsitzenden

Der Vorstandsvorsitzende der Landesentwicklungsgesellschaft (LEG) unter Korruptionsverdacht – für die CDU Anlass genug, sich in einem Eilantrag mit den Strukturen bei Nordrhein-Westfalens größtem Wohnungsunternehmen zu beschäftigen. Neben der Aufklärung der Verdachtsvorwürfe stand eine Neuausrichtung der operativen und strategischen Unternehmenssteuerung und die Evaluation der dort verwalteten Grundstücksfonds im Mittelpunkt des Antrags aber auch der Plenardebatte.

Bernd Schulte (CDU) forderte, Staatssekretär Manfred Morgenstern als Vorsitzenden des Aufsichtsrates abzuwählen: „Wie wollen Sie einen glaubhaften und unbelasteten Neubeginn für die LEG signalisieren, wenn der Aufsichtsrat wie bisher in seiner Passivrolle verharrt und wenn einem Innenrevisionsbericht der Charakter eines Persilscheins zuerkannt wird?“ Immer wieder habe die LEG für Negativschlagzeilen gesorgt, verwies Schulte auf „verunglückte Wohnungsprivatisierungen“ und den „gescheiterten Versuch, LEG-Anteile zu verkaufen“.

Dieter Hilsner (SPD) warf Schulte einen an „Unverschämtheit“ nicht zu überbietenden

Auftritt vor. Es handele sich nämlich nicht um eine Korruptionsaffäre der LEG, „sondern um eine Korruptionsaffäre im Immobilienbereich in NRW, von der unbestreitbar unter anderem der ehemalige Geschäftsführer der LEG mitbetroffen ist“. Schulte bezwecke, so Hilsners Vorwurf, „gezielt und wider besseren Wissens die LEG in Misskredit zu bringen“. Eine Evaluation des seit 24 Jahren bestehenden Grundstücksfonds sei nicht eilbedürftig und eine Neuausrichtung der LEG mit dem eigentlichen Problem nicht in Übereinstimmung zu bringen.

Karl Peter Brendel (FDP) begrüßte die Erklärung des Ministers, „dass wir die vollständige Aufklärung wollen“, stellte aber fest, die

Sondersitzung des Städtebauausschusses habe nichts Erhellendes zur Aufklärung beigetragen. Unverständnis zeigte er für Vespers Aussage, der LEG sei kein Schaden entstanden: „Tatsache ist doch, dass die Staatsanwaltschaft ein Ermittlungsverfahren gegen den LEG-Geschäftsführer führt. So etwas tut man ja nicht, wenn man nichts in der Tasche hat.“

Dr. Thomas Rommelspacher (GRÜNE) warf Schulte Ehrabschneidung vor: „Im Ausschuss haben Sie sich nicht getraut, die Person des Aufsichtsratsvorsitzenden in Zweifel zu ziehen. Sie tun das, ohne in irgendeiner Art und Weise den Staatssekretär in einen Zusammenhang mit den Vorwürfen zu bringen. Die schnelle Trennung von LEG-Vorstand Witzel bezeichnete er als rasche und effektive Reaktion, ebenso wie den schnellen Bericht der Innenrevision, der festgestellt habe, dass alle Abläufe ordnungsgemäß durchgeführt wurden.“

Städtebauminister Dr. Michael Vesper (GRÜNE) legte Wert darauf, dass von den Korruptionsvorwürfen der Grundstücksfonds nicht betroffen sei. Die Evaluation habe man übrigens bereits eingeleitet. „Ohne den Grundstücksfonds wäre Strukturwandel in NRW nicht möglich gewesen.“ Korruption sei immer außerordentlich bedauerlich. Aber nicht die LEG sei die Beschuldigte, sondern einzig die Person Rainer Witzel. Der Eilantrag sei nichts als Stimmungsmache. 

„Kein Schaden für die LEG“

Minister informiert Ausschuss zum Stand der Ermittlungen

Am 17. November hat die Staatsanwaltschaft völlig überraschend Räume der Landesentwicklungsgesellschaft (LEG) und 31 weitere Objekte durchsucht. Der Vorwurf: Einflussnahme auf den Kauf von Großimmobilien in einem Einzelvolumen bis zu 100 Millionen Euro in Düsseldorf, München und weiteren deutschen Städten. „Gegen die LEG wird jedoch nicht ermittelt. Einziger Beschuldigter innerhalb der LEG ist Rolf Witzel, Vorsitzender des Vorstandes“, betonte Landesbauminister Dr. Michael Vesper (GRÜNE) im Gespräch mit dem Ausschuss für Städtebau und Wohnungswesen. Der hatte die Ermittlungen zum einzigen Tagesordnungspunkt einer Sondersitzung im Vorfeld der kontroversen Plenardebatte (siehe Bericht oben) gemacht.

Es gehe unter anderem um den Verkauf des Phoenix-Hauses, um Geschäfte, bei denen Immobilienkontor als Makler auftrat, um überhöhte Maklerprovisionen und Scheinrechnungen, erläuterten Vesper und Staatssekretär Manfred Morgenstern, gleichzeitig LEG-Aufsichtsratschef, den Abgeordneten. Um Schaden abzuwenden habe man sich einvernehmlich vom Beschuldigten Rolf Witzel getrennt und für den Fall seiner Unschuld eine Abfindung vereinbart. Eine erste Untersuchung der Innenrevision habe ergeben, dass bei allen betroffenen Geschäften die internen Kontrollabläufe eingehalten wurden und auch der Profit für die LEG „gut bis sehr gut“ gewesen sei. 



Sondersitzung zur LEG-Affäre: Staatssekretär Morgenstern, Minister Dr. Michael Vesper und Ausschussvorsitzender Wolfgang Röken (v.l.n.r.).

Foto: Schälte

Mehr Qualität lockt Kunden

NRW will Recht der Fahrgäste im Nahverkehr stärken

„Hochgeschwindigkeit für moderne und verbraucherfreundliche Fahrgastrechte“, fordern SPD und Grüne in ihrem Antrag (Drs. 13/6238). Nach der Debatte Ende November überwies die Abgeordneten den Antrag einstimmig an den federführenden Verkehrsausschuss.

Foto: Schälte



Charlotte Kann (SPD) betonte, erst wenn es mehr Qualität im öffentlichen Nahverkehr gebe, würden noch mehr Menschen zum Umstieg zu bewegen sein. Trotz großen finanziellen Engagement des Landes lasse die Qualität in punkto Pünktlichkeit, Service, Sicherheit und Sauberkeit oftmals zu wünschen übrig. Darum sei man jetzt in NRW daran, das ÖPNV-Gesetz zu ändern. Darüber hinaus habe das Land im Bundesrat eine Initiative zur Stärkung des Fahrgastrechts ergriffen. Damit schnelle Ergebnisse erzielt werden, soll der Landtag die Initiativen der Landesregierung unterstützen. Die Fraktionen seien sich in der Sache weitgehend einig.

Horst Westkämper (CDU) beanspruchte für CDU und FDP, beide Parteien seien früher als die Koalition tätig geworden. Jetzt setze sich der „Bummelzug von SPD und Grünen in Bewegung, leider einmal wieder viel zu spät“. Man benötige dringend einen gesetzlich untermauerten Anspruch der Kunden auf Kulanz - im Fernverkehr wie im Regionalverkehr. Dabei sehe seine Partei vor, den Haftungsumfang im Nahverkehr stärker zu beschränken. Denn das Haftungsrisiko werde in die Preise und Tarife einkalkuliert: „Insofern besteht auch hier die Gefahr der Preissteigerung.“ Die Beförderungsbedingungen müssten von öffentlich-rechtlichen in pri-

vatrechtliche Geschäftsbedingungen umgewandelt werden.

Diemar Brockes (FDP) fand, Bahnkunden müssten bei Zugausfällen und Verspätungen Entschädigungsansprüche haben. Die verbraucherunfreundliche Sonderstellung der Verkehrsunternehmen müsse aufgehoben werden. Aber so gehe das nicht, dass die Regierungsfractionen erst die fraktionsübergreifende Zusammenarbeit bei diesem wichtigen Thema verweigerten und nun mit dem Antrag verlangten, gemeinsam ein Loblied auf die Landesregierung zu singen: „Das ist so mit uns nicht zu machen.“ Im Bund stünden SPD und Grüne auf der Bremse, um Zeit zu gewinnen und nicht um möglichst schnell zu einer Verbesserung für die Kunden zu kommen.

Oliver Keymis (GRÜNE) appellierte: „Es kommt jetzt darauf an, dass wir als Landtag NRW mit einer Stimme sprechen.“ Es müsse ein einstimmiges Signal an Kunden und Bundesrat gehen. Es müsse klar bleiben, dass der Haftungsausschluss bei mangelhafter Betriebsleistung von öffentlichen Verkehrsmitteln zu fallen habe. Ein Unternehmen, das mit aller Macht an die Börse wolle, dürfe nicht bei den Kundenrechten des letzten Jahrhunderts stehen bleiben. Kundenbindung durch gutes

Qualitätsmanagement seien das A und O für wirtschaftliches Handeln und Denken.

Verkehrsminister Dr. Axel Horstmann (SPD) erkannte, „die Länder und der Bund müssen aufhören, sich als diejenigen zu verstehen, die ihre öffentlichen Verkehrsunternehmen zu schützen haben“. Über die öffentlichen Verkehrsbetriebe dürfe nicht länger der Gesetzgeber die Hand halten, „das ist eine falsch verstandene Hilfe“. Dieser Schutz sei viel zu lange gewährt worden; jetzt sehe man, dass dieser Weg falsch gewesen sei und nicht länger gegangen werden dürfe. Nach der „Neusortierung der Zuständigkeiten“ im Verkehr seien die Länder vor allen Dingen Anwälte der Fahrgäste. NRW verfolge dieses Ziel – „auf einer ganz langen Linie“.

Verbraucherschutzministerin Bärbel Höhn (GRÜNE) urteilte: „Jeder, der in diesem Land eine Leistung in Anspruch nimmt und die nicht vergütet bekommt, hat nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch ein Recht auf Entschädigung. Eine Ausnahme stellt jedoch die Bahn dar. Das Ganze geht auf das Jahr 1870, also auf das vorletzte Jahrhundert, zurück. Es wird langsam Zeit, die Zustände von 1870 zu überwinden.“ Man brauche mehr Kundenrechte bei der Bahn, damit die wieder attraktiver wird.

Barbara Wischermann (CDU)

Foto: Schälte

Parlament mit Kommission über Kreuz

Ausschuss kritisiert Kompetenzverteilung bei Härtefällen

„In bestimmten Nischen der Landesverwaltung gibt es offenbar Steigerungspotenziale, was Augenmaß und Bürgerfreundlichkeit angeht.“ Diesen Stofsseufzer entrang sich der Vorsitzenden des Petitionsausschusses, als sie ihren Halbjahresbericht im Plenum vorstellte und dabei einen besonderen Fall schilderte. Es ging dabei um einen Zaun. Im Bericht ging es auch um Zahlen: So erreichten im ersten Halbjahr 2004 den Ausschuss 2.779 Eingaben. 2.717 Petitionen konnten in diesem Zeitraum abschließend behandelt werden.

An Stefan Raabs Geschichte vom Maschendrahtzaun fühlte sich Barbara Wischermann (CDU), Vorsitzende des Petitionsausschusses, erinnert, als darum gestritten wurde, wie ein Eigentümer in Bonn sein 1.000 Quadratmeter großes Grundstück einfrieden darf. Anstelle der marode gewordenen Ziegelsteinmauer wollte er einen Stabgitterzaun errichten. Nein, beschied ihm die Untere Landschaftsbehörde, der der Antrag vorlag: Es muss ein Maschendrahtzaun sein, keinesfalls ein Stabgitterzaun. Obwohl der leichter zu begrünen ist und damit Umwelt und Landschaft besser nutzt, nicht so oft erneuert werden muss und stabiler ist – „das kam uns als bemerkenswerte bürokratische Verirrung vor“, bekannte die Vorsitzende. Der Ausschuss schaltete die Landesregierung ein, die schloss sich der Auffassung des Ausschusses an. Aber erst eine Weisung der obersten Landesverwaltung gab den Weg frei.

SCHALLSCHUTZ

Ein anderer Fall, in dem der Petitionsausschuss helfen konnte. In Düsseldorf liegt eine Grundschule an einer vierspurig ausgebauten autobahnähnlichen Zubringerstraße. Auf dem Schulhof wurde ein Lärmpegel deutlich über 70 dB(A) gemessen, „was in den Bereich der Gesundheitsbeeinträchtigung geht“, wie die Vorsitzende erläuterte. Verständlich, dass sich Kinder, Lehrer und Eltern Schutz vor dem Lärm wünschten. Wischermann: „Unsere Emp-

fehlung hatte Erfolg. Die Lärmschutzwand an der Münchner Straße wurde im Juli 2004 fertig gestellt. Wir möchten uns bei der Stadt Düsseldorf, der Bezirksregierung und dem Verkehrsministerium ausdrücklich für die Unterstützung zum Wohle der Kinder bedanken.“

Der Bereich des öffentlichen Dienstes ragte im ersten Halbjahr mit 28 Prozent der Petitionen deutlich heraus – „eine Besonderheit“, wie die Vorsitzende anmerkte und die Erklärung gleich mitlieferte. Auslösendes Moment der zahlreichen Eingaben von etwa 600 Beschäftigten im kommunalen Bereich waren die bekannten Finanzprobleme, mit denen Städte und Gemeinden zu kämpfen haben. Wenn diese Kommunen aufgrund ihrer finanziellen Lage keine genehmigten Haushalte haben, sind Beförderungen von Beamtinnen und Beamten grundsätzlich nicht möglich. Der Unmut darüber wurde durch weitere Einsparungen, etwa durch den Wegfall des Urlaubsgelds und Kürzungen beim Weihnachtsgeld und durch eine Erhöhung der Arbeitszeit noch verstärkt.

Auf diesem schmalen Grat zwischen Ausgabendisziplin und Erhalt der Motivation wurde der Petitionsausschuss tätig. „Wir sollten nicht vergessen, dass wir von den Bediensteten nur dann erhöhten Einsatz erwarten können, wenn besondere Leistung sich auch zeitnah auszahlt. Dabei darf nicht übersehen werden, dass der Personalabbau in den Kommunen bereits zu Mehrbelastungen geführt hat, die irgendwann einmal kompensiert werden müssen.“ Das wird offenbar von der Landesregierung auch so gesehen. Bar-

bara Wischermann: „Das Innenministerium hat insofern geholfen, als es Beförderungen nach einer Sperrfrist von zwei Jahren in beschränktem Maße ermöglicht. Weiterhin hat es durch eine Personalausgabenbudgetierung zusätzlichen Spielraum für die Beförderung von Beamtinnen und Beamten eröffnet. Darüber hinaus wird derzeit geprüft, ob und wie dieser Spielraum innerhalb des vorgegebenen gesetzlichen Rahmens noch erweitert werden kann.“

HÄRTEFALLKOMMISSION

Am Selbstverständnis des Petitionsausschusses als parlamentarisches Gremium rüttelt ein Konflikt mit einem anderen Gremium, der Härtefallkommission, die die Landesregierung eingerichtet hat, um Streitfälle beim Aufenthaltsrecht von Ausländern zu regeln. Sie kann – hier setzt die Kritik ein –, Aufenthaltsrechte veranlassen, auch wenn diese von Ausländerbehörde, Gerichten und Petitionsausschuss aufgrund der Gesetzeslage zuvor verneint werden mussten. Die Vorsitzende: „Diese einzigartige Rechtskonstruktion in unserem Rechtssystem halte ich zusammen mit vielen Anderen verfassungsrechtlich in mehrfacher Hinsicht für bedenklich.“ An den Innenminister des Landes gerichtet verlangte sie: „Es kann im Ergebnis einfach nicht sein, dass eine von Ihnen ernannte Kommission mehr Rechte erhält als das Parlament selbst.“

Flughafen Dortmund eine „Subventionsruine?“

Koalition setzt unterschiedliche Akzente

Ein Bekenntnis zur NRW-Luftverkehrskonzeption 2010 und dem damit verbundenen Ausbau der dezentralen Luftverkehrsinfrastruktur – das forderte die FDP-Fraktion in ihrem Antrag „Ja zur dezentralen Luftverkehrsinfrastruktur – Flughafen Dortmund unterstützen statt diffamieren“ (Drs. 13/6228). In einer Pressemitteilung hatte die Grünen-Fraktion diesen als „Subventionsruine“ bezeichnet. Dies wiederum fand die FDP „unsachgemäß“, und wünschte sich von der Landesregierung, dass sie den Flughafen Dortmund weiterhin nach Kräften unterstützt.

Christof Rasche (FDP) forderte Klarheit für den Wirtschaftsstandort NRW. Die SPD überlasse die Luftverkehrspolitik den Grünen. „Wir erleben einen Eiertanz in dieser Koalition“, kritisierte er. Die Flughäfen seien ein wichtiger Standortfaktor für Arbeitsplätze, die auf lange Sicht schwarze Zahlen schreiben würden.

Gerhard Wirth (SPD) ließ keinen Zweifel daran aufkommen, dass seine Fraktion zum Luftverkehrskonzept 2010 stehe. „Wir werden den Flughafen Dortmund auch in Zukunft unterstützen“, versprach Wirth. Selbstverständlich hätten die Koalitionspartner in einigen Punkten unterschiedliche Ansichten. Aber das sei völlig normal.

Heinz Hardt (CDU) bekräftigte, dass 18 Millionen Menschen in NRW nicht von nur drei zentralen Flughäfen bedient werden könnten. Aus verkehrspolitischer Sicht seien deshalb die kleineren Flughäfen wichtig, so

Hardt. Deswegen solle die Landesregierung einen aktiveren Part bei der Umsetzung des Luftverkehrskonzepts 2010 übernehmen.

Oliver Keymis (GRÜNE) räumte ein: „Ich gestehe, die Landepläne in Dortmund als Subventionsruine bezeichnet zu haben.“ In den letzten vier Jahren habe Dortmund 74,2 Millionen Euro Verlust gemacht. Es gebe zu viele Kleinflughäfen in NRW, fänden die Experten. „Eine dezentrale Luftverkehrskonzeption verhindert Wettbewerb und schwächt wirtschaftlich leistungsfähige Standorte“, schloss Keymis.

Verkehrsminister Dr. Axel Horstmann (SPD) stand hinter der regionalen Flughafeninfrastruktur. Die Wirtschaft sitze nicht nur in Köln oder Düsseldorf, sondern auch in Mülheim oder Dortmund. „Die Unterstützungen, die die Flughäfen erhalten haben, waren rein infrastrukturelle Maßnahmen.“ Bei anderen Verkehrsmitteln sei dies selbstverständlich. 🗣️



Blick in das Abfertigungsterminal des Dortmunder Flughafens.

Klassenfahrten sind wichtig

FDP will mehr Geld für Erstattung der Lehrerkosten

„Aus der Möglichkeit zum freiwilligen Verzicht auf Reisekostenerstattung für Lehrkräfte darf kein faktischer Zwang werden“, fordert die FDP in ihrem Antrag „Durchführung von Schulwanderfahrten sicherstellen – Klassenfahrten und Studienreisen künftig wieder ermöglichen“ (Drs. 13/6212). Darin weist die FDP auf die pädagogische Bedeutung von Klassenfahrten hin. Die Durchführung gerate jedoch in Gefahr, da das Budget für die Erstattung der Lehrerreisekosten bei weitem nicht ausreiche.

Ralf Witzel (FDP) stellte klar, dass Schulwanderfahrten zur Förderung des Sozialverhaltens notwendig seien. Aber: „Klassenfahrten sind für Pädagogen keine Vergnügungsveranstaltungen, sondern eine Rund-um-die-Uhr Betreuungsverantwortung.“ Deshalb müssten Pädagogen wissen, welche Erstattung sie bekämen.

Marlies Stotz (SPD) wandte ein, die Wanderfahrten stünden keineswegs vor dem Aus. „Das, was zur Verfügung gestellt wird, ist der FDP immer zu wenig.“ Jedoch fehlten wieder einmal Hinweise, wie das Mehr finanziert werden solle. Es gehe den Liberalen „einzig darum, populistische Forderungen ins Land zu blasen“.

Michael Ezzo (CDU) fand, die Art und Weise, wie die Landesregierung mit Lehrerinnen und Lehrern umgehe, gehöre zu dem „Unappetitlichsten und Zynischsten, was sie sich in den letzten Jahren geleistet hat“. Es gebe keinen Rechtsanspruch auf Erstattung, wie es bei

jedem anderen Arbeitgeber selbstverständlich sei.

Sylvia Löhrmann, GRÜNE-Fraktionsvorsitzende bekräftigte: „Klassenfahrten sind wichtig!“ Deshalb hätten sich SPD und Grüne trotz der schwierigen finanziellen Situation des Landes klar und deutlich gegen Kürzungen ausgesprochen. Auch in Zukunft würden Lehrerinnen und Lehrer ihre Kosten anteilig erstattet bekommen.

Schulministerin Ute Schäfer (SPD) fand erwähnenswert, dass die Mittel für Klassenfahrten in den letzten drei Jahren nicht verringert worden seien. Es gelte: „Keine Lehrkraft wird gezwungen, auf die Erstattung der Reisekosten zu verzichten.“ Die Schwerpunkte der Bildungsförderung lägen aber auf den Schwerpunkten „Unterrichtsvorsorgung, Sprachförderung und Qualitätsentwicklung“. 🗣️

VON JÜRGEN JENTSCH (SPD)

Viele Menschen fürchten sich mehr davor, in einen Verkehrsunfall verwickelt zu werden, als Opfer einer Straftat zu werden. Dieses Ergebnis der ersten Bürgerbefragung der Polizei in NRW ist Erfolg einer konsequenten Sicherheitspolitik der SPD, die gezielt auf eine hohe Qualität und gute Ausstattung der Polizei setzt. Nicht von ungefähr liegen von den 20 deutschen Großstädten mit der geringsten Verbrechenshäufigkeit zwölf in Nordrhein-Westfalen.

Forderungen nach Einführung einer Wachpolizei mit Kurzausbildung schaffen Probleme im polizeilichen Alltag und führen zu einer Zwei-Klassen-Polizei. Wir lehnen eine „Polizei light“ entschieden ab, weil sie Sicherheit nur vorgaukelt.

Wir haben alle Anstrengungen unternommen, damit die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes nach besten Kräften gegen Terroranschläge geschützt werden. Neben verbesserter Infrastruktur und Technik unterstützt der Einsatz von Islam-Spezialisten die Arbeit von Verfassungs- und Staatsschutz.

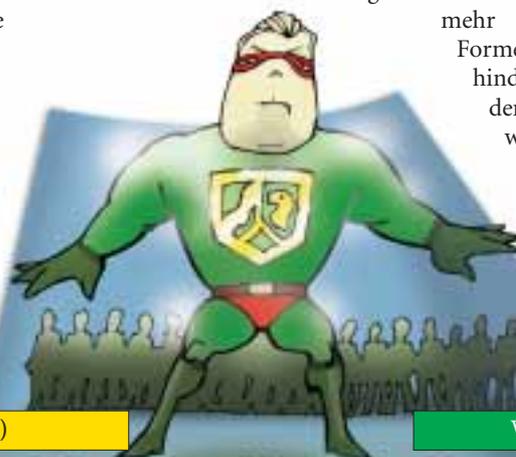
Wir bauen den Katastrophenschutz kontinuierlich aus. Wir wollen die Erstellung einer Gefahrenanalyse für Nordrhein-Westfalen und den Ausbau

der gegenseitigen landesweiten Unterstützung, bei dem alle Aufgabenträger mit haupt- und ehrenamtlichen Kräften nach festen Standards zusammenwirken.



VON THEODOR KRUSE (CDU)

Die Verbrechensbilanz in NRW hat mit 1,5 Millionen Straftaten ein Rekordniveau erreicht. Mit einer Aufklärungsquote von 47,5 Prozent liegt NRW auf dem vorletzten Platz aller Bundesländer. Die Gefahr, Opfer einer Straftat zu werden, ist höher als in vielen anderen Bundesländern. Der Hinweis der SPD-Landesregierung, die sichersten Großstädte seien in NRW zu finden, lässt außer Acht, dass unser Bundesland mit Abstand die meisten Großstädte zählt und auch viele unsichere Städte in NRW liegen. Die schlechte Bilanz verwundert nicht: Die Landesregierung hat seit Mitte der neunziger Jahre über 2.000 Polizeistellen abgebaut, jede zehnte Polizeiwache geschlossen und die Polizei nicht mit moderner Technik ausgestattet. Entgegen allen Ankündigungen kommt der Digitalfunk nicht zur Fußball WM 2006. Diese Defizite müssen die Kommunen mit zusätzlichen Ordnungskräften ausgleichen. Das Land darf sich nicht aus seiner Verantwortung für die Sicherheit verabschieden. Deshalb brauchen wir mehr Polizei auf unseren Straßen, eine zeitgemäße Ausstattung und bessere Gesetze. Wir brauchen mehr polizeiliche Profis, um die zahlreichen Formen der Kriminalität aufzuklären und zu verhindern. Damit muss schon in der Ausbildung begonnen werden. Es muss Schluss sein mit Rekordquoten registrierter Straftaten und niedrigen Aufklärungszahlen.



VON HORST ENGEL (FDP)

VON MONIKA DÜKER (GRÜNE)

Wie sicher leben die Menschen in Nordrhein-Westfalen?

Zunächst gilt es fest-zuhalten:

Die Polizistinnen und Polizisten in unserem Land leisten trotz teilweise schwierigster äußerlicher Bedingungen und erheblichen Gehaltseinbußen einen großartigen Job. Eine effektive Bekämpfung der Kriminalität ist jedoch kaum noch möglich, weil unsere Polizei von der rot-grünen Landesregierung „arm“ gespart wird und deshalb nicht mehr über die erforderliche moderne technische Ausstattung verfügt. Das zeigt sich seit Jahren auch im Anstieg von Straftaten. Über die Hälfte der 1,5 Millionen Straftaten (2003) wurden nicht aufgeklärt; Tendenz steigend. Dies gilt insbesondere für Eigentumsdelikte.

In Folge rot-grüner Sparpolitik sind statt modernem, abhörsicherem Digitalfunk immer noch Handfunkgeräte im Einsatz, die über 30 Jahre alt sind und keine sichere Funkverbindung garantieren; „beobachten“ auf Autobahnen leere Streifenwagen den Verkehr; führt der Polizei-Notruf (110) zu Wartezeiten von 15 bis 45 Minuten und werden laufend Polizeiwachen geschlossen. All das hat schlimme Folgen.



Für ein sicheres NRW gehört die Polizei wieder auf die Straße. Jeder siebte Mitarbeiter ist derzeit mit Verwaltungs- und Führungsaufgaben befasst. Ziel muss es sein, die Polizei so zu organisieren, dass sie deutlich mehr Dienst am Bürger leisten kann, damit wieder intensive Präventionsarbeit möglich ist, Straftaten zurückgehen und mehr Delikte aufgeklärt werden können.

Aufgabe und Ziel

unserer Politik ist es, dass die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes in Sicherheit und Freiheit leben. Wir haben auf gesetzlicher und finanzieller Ebene sowie im operativen Bereich alles getan, einen größtmöglichen Schutz unseres Landes vor Terroristen zu gewährleisten. Wir überprüfen kontinuierlich, ob die getroffenen Maßnahmen den Anforderungen gerecht werden. Dazu sind regelmäßige Gefährdungsanalysen durch Polizei und Verfassungsschutz unerlässlich. Wir werden auch regelmäßig überprüfen, ob die gesetzlichen Regelungen ausreichend bzw. überhaupt noch notwendig sind. Nicht nur bei der Bekämpfung des Terrorismus auch bei der Prävention und Bekämpfung von Kriminalität haben wir die notwendigen gesetzlichen und finanziellen Rahmenbedingungen geschaffen. Kriminalitätsbekämpfung heißt für uns, repressive und präventive Maßnahmen gleichermaßen weiterzuentwickeln. Die Ergebnisse der ersten Bürgerbefragung der Polizei in NRW bestätigen den Erfolg unserer Politik: Die Leistungen der Polizei werden anerkannt. Die Menschen in NRW fühlen sich sicher, den meisten Befragten macht es wenig Sorgen, selbst Opfer einer kriminellen Tat zu werden. Auch vor diesem Hintergrund halten wir Forderungen nach zusätzlichen Kompetenzen für die Polizei, wie sie von der Opposition erhoben werden, für überflüssig.



Was hat Sie dazu gebracht, Ihr Hilfswerk „Menschen für Menschen“ ins Leben zu rufen?

Karlheinz Böhm: „Das war 1968. Ich war damals 40, spielte in Frankfurt Theater. Ich befand mich in der Künstlerkneipe von einer Frau namens Toni. Draußen demonstrierten Menschen. Mir wurde klar, dass das Kinder reicher Eltern sind. Niemandem von denen war bewusst, was der Zweite Weltkrieg an Leid und Elend gebracht hatte. Der Regisseur Rainer Werner Fassbinder hat mein Leben und meine Politisierung wesentlich beeinflusst. Zum einen sagte er: Ich müsse zu dem stehen, was ich gemacht habe, und zwar mit der notwendigen Selbstkritik. Und der Satz von Fassbinder: „Ich schaue überall hin, wo es stinkt. Dahin schieße ich.“ Das Schießen meinte er sinnbildlich und machte dies mit seinen Projekten. Mich hat das so sehr geprägt, dass ich daraufhin in der „Wetten dass“-Sendung um Spenden für Afrika warb. Ich ging in die Sahelzone, dann später nach Äthiopien.“

Gab es Widerstände bei Ihren Entwicklungshilfeprojekten?

Karlheinz Böhm: „Nur einmal. Als ich ein Waisenhaus mit 61 Kindern in Mettu übernehmen wollte. Das war vorher in den Händen der staatlichen Hilfsorganisation RRC. Die Verhandlungen waren schwierig. Ein hoher Regierungsbeamter hatte versucht, zu verhindern, dass wir das Waisenhaus übernehmen. Vergeblich. Inzwischen haben wir in Mettu ein neues, größeres Kinder- und Jugendheim gebaut, das

Bittsteller für ein stolzes Volk Karlheinz Böhm wirbt im Landtag

Er gibt mit Engelsgeduld Autogramme, lächelt freundlich in die Kameras, hört interessiert zu und wenn er spricht, redet er sich in die Herzen der Menschen. Karlheinz Böhm (76) ist in seinem Element: Er wirbt im Landtag für seine Stiftung „Menschen helfen Menschen“. Zum drittärmsten Land der Welt zeigte das Parlament bis zum 3. Dezember diese Ausstellung.

Auf dem Dach Afrikas, wie Äthiopien genannt wird, hat die Stiftung 100 Schulen gegründet, ein Dutzend kommt in nächster Zeit hinzu. Sie hat 974 Wasserstellen gebaut und an die 300 Kornmühlen errichtet. „Menschen für Menschen“ fördert die agrartechnische Entwicklung, forstet auf, bildet aus, treibt den Ausbau des Gesundheitswesens voran und kämpft für die Rechte der Frauen und Mädchen. Das alles erzählt Karlheinz Böhm. Fast beiläufig sprudeln Zahlen und Fakten. „Ich finde toll, wie Sie geredet haben“, sagt ihm eine ZuhörerIn später. „Es kommt mir aus vollem Herzen“, entgegnet er schlicht.

Damit untertreibt er wie gewöhnlich. „Er hat einen langen Atem“, urteilt Landtagsprä-

sident Ulrich Schmidt bei der Eröffnung der Ausstellung mit Fotografien von Heide Dorf-müller. Die Projekte nennt der Präsident „weise und klug, weil sie langfristig und nachhaltig angelegt sind“. Er wünscht Böhm weiterhin Kraft für seinen großartigen Friedensdienst.

Wie beurteilen andere die Arbeit von Ihnen, die sehr an Ihre Person gebunden ist?

Karlheinz Böhm: „Positiv. Wir haben 231 Millionen Euro Spendengelder für die Stiftung bekommen. Bundespräsident Horst Köhler wird seine erste Reise in drei afrikanische Länder starten. Am 14. Dezember erreicht er Äthiopien und trifft dort auf meine Frau Almaz, die die Stellvertretende Leiterin der Stiftung ist. Und Köhler ist der erste Bundespräsident, der den afrikanischen Staaten

Kann so ein Mann zornig sein und böse werden? Ja, wenn Böhm nach dem Ursprung seines Engagements gefragt wird, dann sagt er: „Es war die Wut.“ Wut über ein halbes Jahrtausend europäischer Kolonialgeschichte. Diese Schuld müsse man jetzt zurückzahlen.

An die jungen Leute des Sankt Anna Gymnasiums aus Wuppertal gewandt, die zufällig an diesem Tag einen Besuch im Landtag auf dem Programm haben, sagt Böhm klipp

„Hoffnung auf Morgen“

Der Gründer der Stiftung „Menschen für Menschen“ im Gespräch

„Zum Beispiel Äthiopien“ lautete der Titel der Ausstellung im Landtag, die der Gründer der Stiftung „Menschen helfen Menschen“, Karlheinz Böhm, zusammen mit Landtagspräsident Ulrich Schmidt eröffnet hat. Landtag intern befragte Böhm, der mit seiner Frau Almaz gekommen war, zu seiner praktischen Arbeit, die er als „Unterstützung zur Selbstentwicklung“ versteht.

Schulden beim Internationalen Währungsfonds gestrichen hat. Das spricht für sich.“ SH

Beim Empfang durch den Landtagspräsidenten: Karlheinz Böhm (l.) und seine äthiopische Frau Almaz (r.). Der Besuch Böhms und die Ausstellung über seine Projekte sind auf Initiative von Oliver Keymis (GRÜNE) zustande gekommen, der Böhm seit 20 Jahren kennt und mit ihm zusammen arbeitet. Foto: Schälte



und klar, er arbeite mit seiner Stiftung nicht für sich, „sondern aus Verantwortung Euch gegenüber“. Denn wenn es nicht gelinge, die himmelschreiende Diskrepanz zwischen Arm und Reich abzubauen, „dann müsst Ihr die Rechnung bezahlen“.

Und er kommt gleich zur Sache: „Wie viel seid Ihr an Eurer Schule?“ Die Antwort: So um 1.300. Nächste Frage: „Wie viel könnt ihr von Eurem Taschengeld entbehren, ohne dass Ihr es merkt. Einen Euro?“ Antwort: Ja. Kleiner mathematischer Exkurs: 1.300 mal einen Euro, mal zwölf Monate – „Ihr wisst schon, wie viel dabei herauskommt. Damit kann man unvorstellbar viel verändern.“ Er verspricht: „Wenn Ihr etwas erreicht, dann komme ich sehr gern zu Euch in die Schule.“ Karlheinz Böhm – Bittsteller für ein armes und stolzes Volk in Ostafrika, der Wiege der Menschheit. JK

„Hilfsprojekte besser vernetzen“

Interview mit den Sprecherinnen und Sprechern für Eine-Welt-Politik

Was leistet NRW für die Entwicklungshilfe und was kann der Ausschuss überhaupt dazu beitragen?

von Grünberg: Wir haben in NRW eine Vielzahl von Bürgerengagements gefördert. Erstens dadurch, dass wir Promotoren eingestellt haben, die in den Kommunen entwicklungspolitische Gedanken vermitteln und die Menschen zu aktivieren versuchen. Dazu hat das Land viel Geld bereitgestellt. Inzwischen haben wir eine große Zahl von Gruppen, die in den unterschiedlichsten Regionen aktiv sind. Wir sind gerade dabei, ein Internetportal zu organisieren, wo diese Gruppen sich darstellen und miteinander vernetzen können. Es soll im Frühjahr 2005 online gehen. Darüber hinaus haben wir sehr erfolgreiche Gesprächsforen eingeführt, wo wir jeweils die Gruppen, die sich in den gleichen Entwicklungsländern engagieren, zum Erfahrungsaustausch an einem Tisch zusammenbringen. Ich selbst bin Mitglied im Forum der NRW-Partnerregion Mpumalanga in Südafrika. Speziell meine Aufgabe als Bonner Abgeordneter sehe ich darin, die Zusammenarbeit zwischen den Gruppen in ganz NRW und den in Bonn ansässigen Regierungs- und Nichtregierungsorganisationen auszuweiten, da diese wiederum Bindeglied zu den Organisationen im Ausland sind. Die Forderung nach stärkerer Vernetzung und Bündelung von Aktivitäten gilt übrigens auch für die einzelnen Fachministerien. Auch hier ist die Zusammenarbeit noch zu optimieren.

Keller: Aus unserer Sicht muss die Eine-Welt-Politik des Landes konzeptionell und strukturell noch schärfer profiliert, stärker mit internationalen Organisationen wie OECD und WTO vernetzt und der Anteil privatwirtschaftlicher Förderung erhöht werden. Das vermissen wir bislang. Ein aus unserer Sicht positiver Schwerpunkt ist die Kooperation zwischen NRW und China. Seit vielen Jahren werden Studenten aus



Ilka Keller (CDU)

Das ehrenamtliche Engagement im Bereich Entwicklungshilfe beziehungsweise Entwicklungszusammenarbeit ist groß in NRW. Allein im Eine-Welt-Netzwerk NRW engagieren sich über 10.000 Menschen in rund 1.500 Institutionen. Wie sieht es jedoch in Zeiten knapper Kassen mit der staatlichen Förderung von Hilfsprojekten aus und was kann ein Land wie NRW überhaupt zur Eine-Welt-Politik beitragen? Über diese und andere Fragen sprach Landtag intern mit Bernhard von Grünberg (SPD), Ilka Keller (CDU), Dietmar Brockes (FDP) und Ute Koczy (GRÜNE).

China hier in NRW ausgebildet und betreut. Die Landesregierung verfolgt ansonsten jedoch zu stark das Promotorenmodell, das mehr nach innen arbeitet und zu wenig Raum für den Blick nach außen zulässt. Jetzt wird man von Seiten der Landesregierung kontern und auf Programme in Mpumalanga hinweisen, wo stillgelegte Goldminen zu Museen umgebaut werden. Aus meiner Sicht gibt es jedoch förderungswürdigere Projekte. Wir müssen neue Schwerpunkte setzen.

Brockes: NRW unterhält verschiedene Kontakte zu den Ländern des Südens. Mit der südafrikanischen Provinz Mpumalanga haben wir zum Beispiel eine Partnerschaft. NRW unterstützt aber auch insbesondere die Aktivitäten der Eine-Welt-Gruppen vor Ort. Darin sehe ich einen Schwerpunkt für die Zukunft. Wir müssen die vielfältigen Projekte und Aktivitäten, die es in unserem Land gibt, künftig stärker vernetzen, so dass die Kommunikation untereinander besser wird. Dafür brauchen wir beispielsweise eine Internetdatenbank, wo alle Gruppen und Initiativen die Möglichkeit haben, ihr Projekt kurz darzustellen. Auf diesem Wege könnten neue Partnerschaften unter Gruppen entstehen, die vielleicht im selben Land tätig sind oder sich um

dasselbe Problem kümmern. Diesen Austausch finde ich wichtig und sinnvoll, damit nicht jeder Einzelne versucht, „das Rad neu zu erfinden“, sondern die Gruppen sich untereinander ergänzen.

Koczy: Wir wissen, dass unsere Art zu leben Einfluss darauf nimmt, wie Produkte international gehandelt und hergestellt werden. Wir leben tagtäglich von Produkten aus den Ländern des Südens. Das Geld, das wir dafür bezahlen, ist zu wenig, als dass die Menschen davon leben könnten. Das heißt, wir nutzen internationale Beziehungen aus, um günstig einkaufen zu können. Diese unfairen Welt-handelsbedingungen gilt es aufzubrechen. Deshalb verfolgen wir in NRW einen Ansatz der Inlandsarbeit. Wir müssen gucken, wie leben wir hierzulande, was müssen wir verändern, damit sich die Bedingungen auch in den Ländern des Südens verändern. Aus diesem Grund haben wir in NRW das PromotorInnen-Netzwerk gegründet und unterstützen Entwicklungszusammenarbeit auf kommunaler Ebene. Das passiert in allererster Linie dadurch, dass wir die Menschen in NRW über die erwähnten Missstände und Ungerechtigkeiten aufzuklären versuchen und gleichzeitig Alternativen anbieten.

Welche Prioritäten setzen Sie bei der Entwicklungshilfe?

von Grünberg: Für mich persönlich ist die Frage der Armutsbekämpfung ganz entscheidend, aber da sind wir am wenigsten gefordert. Aus Sicht des Landes NRW sollten Themen wie Energiegewinnung oder Umwelttechnik Priorität haben, da NRW hier weltweit



Bernhard von Grünberg (SPD)

eine Vorreiterrolle einnimmt. Ich selbst unterstütze beispielsweise ein Projekt für Solarcooker. Darüber hinaus halte ich Bildungs- und Stipendienprogramme für sehr wichtig, um eine Verbindung und einen Erfahrungsaustausch zwischen hiesiger und dortiger Industrie zu ermöglichen. Aufgabe der Politik ist es dabei, als Vermittler und Moderator aufzutreten.

Keller: Für uns hat es Priorität, die Wirtschaft bei der Entwicklungshilfepolitik künftig stärker mit einzubinden und deren finanzielle Mittel für die Eine-Welt-Politik des Landes zu nutzen. Die CDU hat beispielsweise Modelle von Fundraising - das Einwerben von Finanzmitteln für Hilfsprojekte - vorgeschlagen. Bislang konnte die Landesregierung auf diesem Gebiet jedoch keine nennenswerten Ergebnisse erzielen.

Lediglich 0,5 Prozent der Inlandsarbeit gehen auf Fundraising zurück, während der größte Batzen aus öffentlichen Geldern bereitgestellt wird. Daher müssen wir Synergieeffekte mit der Wirtschaft nutzen. Vor dem Hintergrund der wachsenden Armut in der Welt müssen wir zudem die vorhandene Hilfsbereitschaft in der Bevölkerung, sich ehrenamtlich zu engagieren, besser fördern, bündeln und miteinander vernetzen.

Brockes: Man muss zunächst die Haushalts-situation des Landes vor Augen haben. Mit einem geschätzten Schuldenstand von 107,7 Milliarden Euro bis zum Jahresende ist es äußerst schwierig, finanzielle Unterstützung in der Entwicklungshilfe zu leisten. Die Entwicklungspolitik ist auch in erster Linie Bundesaufgabe. Ich wünsche mir jedoch, dass sie künftig noch stärker eine Aufgabe der Europäischen Union (EU) wird, damit nicht jedes Land seine eigenen Projekte verfolgt und parallel zu anderen Ländern arbeitet, sondern dass über die EU sichergestellt wird, dass die Entwicklungshilfearbeit gemeinschaftlich und flächendeckend

geleistet wird. Die beste Entwicklungshilfe ist aus meiner Sicht aber die Öffnung der Märkte. Wir müssen aufhören, unsere Märkte abzuschotten und stattdessen den Entwicklungsländern eine wirkliche Chance geben. Beispiel Zuckermarktordnung: Hier muss man den südlichen Ländern einen fairen Zugang gewähren, auch wenn dies Einschnitte für die heimische Landwirtschaft zur Konsequenz hätte.

Koczy: Es gibt eine Vielzahl von richtigen Ansätzen. Für mich steht der faire Handel ganz oben auf der Prioritätenliste. Ich nenne ein Beispiel: 2006 steht uns die Fußball-WM ins Haus. Hier stellt sich die Frage, wo und wie beispielsweise die Trikots und die Fußbälle hergestellt werden. Die südlichen Länder sind die Hauptlieferanten für solche Produkte, die oftmals in

Kinderarbeit hergestellt werden. Wir in NRW müssen daher Zeichen setzen, indem wir darauf achten und hinweisen, dass von uns gekaufte Produkte zu fairen Preisen gehandelt und sozial hergestellt werden.

In Zeiten knapper Kassen hat sich der

Stellenwert von Entwicklungshilfe verändert. Wie funktioniert dabei die Zusammenarbeit mit den Hilfswerken?

von Grünberg: Die Zusammenarbeit mit den Hilfswerken ist gut, aber verbesserungswürdig. Das Stichwort lautet auch hier wieder Vernetzung. Wir können den Hilfswerken kein Geld geben, wir können aber Erfahrungen weitergeben und Verbindungen schaffen.

Keller: Die Hilfswerke haben von jeher viel im Land bewirkt, aber sie werden eher vom Bund unterstützt. In Zeiten knapper Kassen müssen wir alles daran setzen, ehrenamtliche Arbeit zu unterstützen und auch Kontakte zur Wirtschaft zu fördern. Das funktioniert nicht nur mit Geld. Außerdem gibt es Unternehmen in NRW, die nach außen ein Zeichen setzen, indem sie beispielsweise sicherstellen, dass in ihren Betrieben keine Materialien Verwendung finden, die auf ausbeuterische Weise oder in Kinderarbeit hergestellt worden sind. Solche „Codes of Conduct“ müssen wir unterstützen und deren Umsetzung fördern.

Brockes: Ich finde es enorm, was in unserem Land ehrenamtlich geleistet wird. Beispiele ließen sich viele nennen. Unsere Aufgabe ist es, das Engagement und den Einsatz der Aktiven noch stärker ins Bewusstsein der Menschen zu bringen und den Hilfswerken mit Ideen und Rat zur Seite zu stehen.

Koczy: Glücklicherweise sind die im Landeshaushalt bereitgestellten Mittel für den Eine-Welt-Bereich in den vergangenen Jahren nahezu konstant geblieben. Man darf aber nicht vergessen, dass in anderen Ministerien der Bereich Internationale Zusammenarbeit, den man auch der Eine-Welt-Politik zurechnen kann, deutlich heruntergefahren worden ist. Wir müssen also künftig alles daran setzen, damit der Stellenwert der Eine-Welt-Politik nicht weiter sinkt. Durch die Frage des internationalen Terrorismus und die Anschläge ist deutlich geworden, dass Armutsbekämpfung auch ein Mittel ist, Terror zu bekämpfen. Eine-Welt-Politik ist gleichzeitig auch Präventionsarbeit.



Ute Koczy (GRÜNE)



Dietmar Brockes (FDP) Fotos: Schälte

Die Interviews führten Stephanie Hajdamowicz und Axel Bäumer.

Zwei Anträge liegen inzwischen dem Ausschuss zur Beratung vor. In ihrem verlangt die CDU (Drs. 13/4542), dass sich die Mitglieder der Landesregierung sowie die Staatssekretärinnen und Staatssekretäre einer solchen Prüfung unterziehen – und die Angehörigen des Landtags: „Die Ergebnisse sind dem Präsidenten des Landtags mitzuteilen und zu veröffentlichen.“ Anders SPD und Grüne in ihrem Entschließungsantrag (Drs. 13/6291). Sie regen darin an, dass sich die Mitglieder von Landtag und Landesregierung freiwillig auf eine etwaige Tätigkeit für das MfS überprüfen lassen.

Abstimmen und weiterreden

Fraktionen suchen gemeinsame Position bei Stasi-Überprüfung

Der eine fordert auf, der andere empfiehlt – was wie Wortklauberei aussieht, hat einen handfesten Hintergrund. Es geht um die Rosenholz-Dateien und die darauf gespeicherten Informationen des früheren Ministeriums für Staatssicherheit der DDR (MfS) über Bürgerinnen und Bürger der Bundesrepublik, die für das Ministerium gearbeitet haben sollen. Wie ist damit im staatlichen Bereich umzugehen? Sollen sich alle Mandatsträger überprüfen lassen? Soll das freiwillig geschehen oder obligatorisch erfolgen? Darüber wurde im Hauptausschuss unter dem Vorsitz von Edgar Moron (SPD) – nicht zum ersten und vermutlich nicht zum letzten Mal – debattiert.

VERSTRICKUNG

Die FDP im Landtag hat aus ihrer Haltung zu diesem Thema die Konsequenzen gezogen und inzwischen mitgeteilt, dass sich ihre Abgeordneten auf mögliche Kontakte überprüfen lassen. Es dürfe nicht der Eindruck entstehen, dass es in der Frage der Verstrickung zweierlei Maß gebe, schließlich sei den Menschen in Ostdeutschland eine Stasi-Überprüfung ganz selbstverständlich abverlangt worden. Dr. Ingo Wolf (FDP) fand das Anliegen der Union vernünftig und sagte: „Wir machen es. Die Diskussion darüber ist nicht hilfreich. Für uns ist damit die Sache erledigt.“

SPD und Grüne warben für die freiwillige Überprüfung und die Veröffentlichung der Ergebnisse. Das sei eine vernünftige und gradlinige Sache, fand Dorothee Danner (SPD) und wies darauf hin, dass man auch in Hessen diesen Weg gegangen sei. Die Fraktionschefin der Grünen, Sylvia Löhrmann, fühlte sich angesichts der Haltung der CDU an die

Haltung

„Wir sind die Super-Sauber-Männer“ erinnert. Auch sie hielt nichts von einer Zwangsentscheidung und warb ebenfalls für den hessischen Weg.

„Unsere Argumente sind zugkräftig“, hielt Werner Jostmeier (CDU) dagegen. Wer sich auf den Bundesratsbeschluss vom September vergangenen Jahres beziehe (Tenor: „Bund und Länder sollen die mit der Freigabe der Rosenholz-Dateien gewonnenen neuen Erkenntnisse nutzen, um weiteren Aufschluss über eine mögliche Tätigkeit von Bediensteten für den Staatssicherheitsdienst der ehemaligen DDR zu erhalten. Die Parlamentarier von Bund und Ländern sind aufgerufen, sich ebenfalls einer solchen Überprüfung zu unterziehen“), der könne „totale“ Freiwilligkeit nicht wollen. Sein Fraktionskollege Dr. Hans-Ulrich Klose hielt auch nichts davon, in dem er fragte: „Wer ist so blöd und meldet sich, wenn er Dreck am Stecken hat?“ Es dürfe keine Deutschen unterschiedlicher Klassen geben: Die einen im Osten, die sich der

Prüfung

unterziehen müssen und die anderen im Westen, die das nicht müssen.

Ausschussvorsitzender Edgar Moron (SPD) zeigte bei diesem Stand der Diskussion Zeichen von Ungeduld. „So weit liegen wir doch nicht auseinander“, redete er den Parlamentariern ins Gewissen. Sein Appell: „Nutzen wir die Zeit bis zur Beratung im Plenum für einen gemeinsamen Beschluss!“ Alles andere als eine die Parteien übergreifende Position würde von der Öffentlichkeit ohnehin nicht verstanden.

Die Ausschussmitglieder verständigten sich darauf, sich für diesen verbindenden Text zusammen zu setzen. Aber vorher waren die Regularien zu erledigen, der Ausschuss musste zu beiden vorliegenden Anträgen sein Votum abgeben. Die FDP enthielt sich in beiden Fällen, die Antrag stellenden Fraktionen stimmten jeweils für ihre Papiere und gegen das der Gegenseite. Und gaben danach das Motto „Abstimmen und weiterreden“ aus. 



Um die Beleuchtung der früheren Funktion von Ex-Staatssekretär Jörg Bickenbach (Foto) als Vorsitzender und später als reguläres Mitglied des Aufsichtsrats der Gesellschaft für Wirtschaftsförderung (GfW) ging es in der Sitzung des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses (Vorsitz Oda-Gerlind Gawlik, SPD) Ende November. Bickenbach wurde unter anderem zu den Themenbereichen Vergabeverfahren, Auslandsrepräsentanzen und Imagekampagne „Wir in NRW“ befragt. Im Anschluss an seine Vernehmung wurde Hartmut Krebs, Staatssekretär des Ministeriums für Wissenschaft und Forschung vor dem Ausschuss gehört.

Foto: Schälte

Bergbau am Rhein – Chancen und Risiken

Expertengespräch zum Gefährdungspotential des Bergwerk West

Seit 1845 wird am Niederrhein Kohle gefördert. Seitdem leben die Menschen dort auch mit den Folgen des Abbaus: Bergschäden wie Bodensenkungen gehören für sie zum Alltag. 2002 fusionierte die Deutsche Steinkohle AG (DSK) die Schachtanlagen Friedrich Heinrich/Rheinland und Niederberg zum Bergwerk West mit Sitz in Kamp-Lintfort. Wie wirkt sich dies auf die Entwicklung der Region aus? Welche Zukunft hat der Abbau im Bergwerk West? Was ist bei Hochwasser? Fragen über Fragen, die der Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie in einer Anhörung mit mehr als 20 Experten zu beantworten suchte.



Bergbau am Niederrhein – Pro und Contra: Unter Vorsitz von Dr. Helmut Linsen (M., CDU) diskutierten unter anderen DSK-Vorstand Jürgen Eikhoff (L.) und Dr. Peter Lohe (r.) von der Schutzgemeinschaft Bergbaubetroffener Rheinberg.

3.800 Mitarbeiter fördern im Bergwerk West derzeit pro Jahr 3,3 Millionen Tonnen Kohle, berichteten DSK-Vorstand Jürgen Eikhoff und DSK-Chefmarktscheider Dr. Emanuel Grün. Bis Ende des Rahmenbetriebsplanes 2019 wären das 47 Millionen Tonnen, gut die Hälfte der dort lagernden Vorräte. Weitere Baufelder werden dafür nicht erschlossen. Eine Gefährdung der Deiche schlossen DSK und die meisten der Experten übrigens aus. Das Bergwerk West berühre Hochwasserschutzbauwerke weder unmittelbar noch mittelbar. „Die durch den Bergbau verursachten Bodensenkungen haben Einfluss auf die Standsicherheit der Deiche – auch durch die damit verbundenen Zerrungen und Schiefstellungen“, gab Professor Dr.-Ing. Hartmut Schulz zu bedenken. Bereits heute liegt das Bodenniveau am Niederrhein bis zu neun Metern unter dem anno 1912. Bis 2012 erwartet die DSK in Kamp-Lintfort Absenkungen bis 2,3 Meter, in Rheinberg/Annaberg bis zu vier Metern und im Übergangsbereich der Städte Neukirchen-Vluyn/Kamp-Lintfort-Süd 1,6 Meter. Bis 2019 kämen weitere hinzu.

Lohnt sich das? Welche Perspektive hat das Bergwerk West angesichts der angestrebten Absenkung der Fördermengen von heute 26 Millionen auf 16 Millionen Tonnen pro anno im Jahr 2012. Schließlich müssen bei der DSK 19.000 Stellen abgebaut, fünf Bergwerke geschlossen werden, fragten die Abgeordneten unter Beifall betroffener Anwohner auf der gut gefüllten Tribüne des Plenarsaals.

„West ist im oberen Drittel der Wirtschaftlichkeit und wäre heute nicht von einer Schließung bedroht“, so die DSK-Vertreter.

Das berücksichtige auch die sechs bis acht Euro, die für Bergschäden inklusive Hochwasser und so genannte Ewigkeitskosten (Pumpleistungen nach Ende der Förderung). Allerdings schaue man sich die Zahlen 2007 erneut an. Die Kaufkraft der Mitarbeiter für die Region bezifferte die DSK auf gut 80 Millionen Euro.

Pläne für den Fall, dass es nach 2012 – oder früher – keine Subventionen mehr gibt, hat die DSK nicht. Man gehe davon aus, zur Sicherung der Energieversorgung in Deutschland langfristig nicht auf Steinkohle verzichten zu

können, reagierten Eikhoff und Grün auf Vorhalte aus Reihen der Abgeordneten.

Der Katastrophenschutz bei Hochwasser in der Bergwerksregion war zweiter großer Themenkomplex der Anhörung. Generell sei man gut aufgestellt, waren sich die Fachleute von Land, Bezirksregierung und Kreis einig – obwohl es noch eine Menge zu tun gebe. Wolfgang Düren vom Innenministerium berichtete von den Bemühungen, die einzelnen

Katastrophenschutzkräfte in einer einheitlichen Führungsstruktur zu koordinieren. Hier hat es bereits erste Übungen gegeben, ein Erlass zum Krisenmanagement liege dem Kabinett vor. „An solche Fälle haben wir bei Einführung des Feuerschutz und Hilfeleistungsgesetzes 1998 nicht denken können“, verwies er auf die Erfahrungen aus der Elbeflut. Damit werde sich der Landtag sicher auch noch einmal beschäftigen.

Wesentliche Grundlage für den Einsatz im Katastrophenfall ist geeignetes Kartenmaterial: „Ob eine Straße 20 Zentimeter unter Wasser steht oder zwei Meter, ist entscheidend!“ Hier, so die Experten, liege einiges im Argen. Derzeit fliegt das Landesamt alle drei bis fünf Jahre das Land ab, und erstelle Höhenkarten – das letzte Mal 1998. Die Karten der DSK seien zwar aktueller, aber teilweise zu ungenau. Nötig, so die Fachleute, wäre zumindest in Teilbereichen ein jährliches Überfliegen

und Aktualisieren der Höhenkarten. Das jedoch ist teuer. Und derzeit habe man seitens der Behörden keine Möglichkeit, den Bergbau hier mit heranzuziehen, sahen die Experten Handlungsbedarf beim Gesetzgeber – also auch dem Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie. Der wird die Erkenntnisse aus Gespräch und schriftlichen Stellungnahmen in einer seiner nächsten Sitzungen diskutieren.

volk



Helm oder Stimmzettel – die Haltung zum Bergbau hat ihre unterschiedlichen Symbole.

Fotos: Schütte

Neues Gewerbe auf altem Hof Landwirtschaftliche Gebäude werden weiter genutzt

Pro Jahr schließen drei Prozent der landwirtschaftlichen Betriebe in NRW ihre Pforten. Was passiert mit den Scheunen, Ställen, Speichern und Getreidesilos, wenn der Betrieb dicht macht? Höfe sollen auch nach der Betriebsaufgabe vorrangig für die landwirtschaftliche Nutzung ausgewiesen bleiben. Dadurch soll die wahllose Bebauung der Landschaft verhindert werden. Bislang kann der Eigentümer innerhalb einer Frist von sieben Jahren einen Antrag auf Umnutzung stellen. Tut er dies nicht, ist eine Genehmigung nicht mehr möglich. Den ungenutzten Gebäuden droht Verfall. Nun besteht laut Bundesgesetz die Möglichkeit, die Frist auszusetzen. So kann auch späteren Anträgen entsprochen und eine Umnutzung ermöglicht werden. Wie stehen die Experten zur Aussetzung der Fristenregelung? Darum ging es in einer Sachverständigenanhörung im Ausschuss für Städtebau und Wohnungswesen (Vorsitzender Wolfgang Röken, SPD).

Was passiert mit den Gehöften? Die Entscheidung bedarf gründlichster Planung. Diese wiederum träfe sich am besten ohne Zeitdruck. Ein Argument, das für die Aussetzung der Fristenregelung spräche, fand der Rechtsanwalt und Experte für öffentliches Baurecht Stephan Sauer. Der Strukturwandel in der Landwirtschaft sei ein

waltung Gütersloh ins Feld: „Der Gesetzgeber hat entdeckt, dass ein restriktiver Kurs in Zeiten des Strukturwandels nicht durchzuhalten ist.“ Daher sei die Aussetzung der Fristenlösung im Sinne des

Mit Bildern und Schautafeln erläuterte Gerd Grahlmann (2.v.r.) von der Landwirtschaftskammer NRW seine ablehnende Haltung zur Aufhebung der Siebenjahresfrist. Eine Sicht, die nicht alle der fünf Experten teilten. Foto: Schälte



langwieriger Prozess. Meist werde die neue Nutzung nicht vom ehemaligen Landwirt, sondern von Dritten beantragt. Der neue Nutzer sollte in Ruhe ein Konzept aufstellen und die Finanzierung klären können.

Auch der Baudezernent des Kreises Borken, Thomas Holzschneider, wünschte die Aussetzung, „Es gibt viele Altfälle, in denen die Gebäude sieben Jahre leer standen und auch nach dieser Frist noch umnutzbar sind.“ Diese würden von einer Novellierung profitieren. Es ginge nicht darum, Freiflächen zu pflastern, sondern einzig und allein darum, die bereits vorhandene Bausubstanz sinnvoll zu nutzen.

KULTURLANDSCHAFT

Die Intention des Bundesgesetzgebers führte Bernhard Bußwinkel von der Kreisver-

Gesetzgebers. „Wenn systematisch Leerstände erzeugt werden, leidet die Kulturlandschaft darunter viel mehr, als unter der Bebauung.“

Dieter Hilser (SPD) zeigte sich skeptisch. Warum könnten zu einem späteren Zeitpunkt die Weichen zur erfolgreichen Umnutzung gestellt werden, wenn genau das innerhalb der sieben Jahre nicht machbar gewesen sei?

Dazu Baudezernent Holzschneider: „Viele Landwirte sind sich über die Rechtslage eben nicht im Klaren. Wir führen regelmäßig Informationsveranstaltungen durch.“

„Die allmähliche Aufgabe des Hofes muss geplant werden“, machte Bernhard Schemmer (CDU) noch einmal klar. „Die Frage der Übernahme ist zu klären. Dann erst stellt sich die Frage nach der neuen Nutzung und darauf

aufbauend nach dem Finanzierungskonzept.“ Dafür bedürfe es Zeit.

FRISTEN

Uneinigkeit herrschte zwischen den Vertretern der Landwirtschaftsverbände. Gerd Grahlmann von der Landwirtschaftskammer NRW sprach sich entschieden gegen die Aufhebung der Frist aus. Nach seiner Schätzung gäbe es in den ländlichen Räumen 30 Prozent leer stehende oder unter Wert genutzte Gebäude. „Das Angebot ist groß. Das muss man nicht durch Aussetzung der Frist erweitern.“ Es sei schwer genug, einen Nachnutzer zu finden. „Der Markt ist der begrenzende Faktor. Daran ändert auch die Aufhebung der Frist nichts.“

Sonja Hemmerich vom Westfälisch-Lippischen Landwirteverband (WLIV) hingegen befürwortete die Aufgabe der Frist. „Die gewerbliche Umnutzung ehemals landwirtschaftlicher Betriebe ist ein wichtiger Wirtschaftsfaktor und schafft Arbeitsplätze“, so Hemmerich. Aufgrund der ablaufenden Frist seien allein in Westfalen-Lippe 600 Anträge auf

Umnutzung gestellt worden. Die Antragsteller stünden jetzt unter großem Zeitdruck. „Eröffnen Sie den Menschen vor Ort Möglichkeiten“, appellierte sie.

„Wird hier ernsthaft geglaubt, dass durch die Fristenlösung der Markt reguliert wird?“ fragte Felix Becker (FDP). „Fristen sind völlig überflüssig!“ Es sei unsinnig, dass ein Gebäude für immer leer stehen solle, nur weil es sieben Jahre lang so gewesen sei.

Man könne von den Menschen nicht erwarten, dass sich ihre Lebensgestaltung nach irgendwelchen Fristen richte, bekräftigte auch Dieter Hilser (SPD). YV

Seit seiner konstituierenden Sitzung im März 1994 sei der AdR stets seiner Aufgabe nachgekommen, den Regionen, Städten und Gemeinden in der Europäischen Union eine Stimme zu verleihen. Heute habe er einen festen Platz im Beschlussfassungspro-

terdamer Vertrages 1999 mussten Änderungen der Geschäftsordnung einstimmig vom Ministerrat beschlossen werden. Ein weiteres Relikt dieser vergangenen Tage sei noch heute der gemeinsame Dienst der beiden Ausschüsse, der andererseits auch zu Synergieeffekten geführt habe.

Weiter erklärte der Abgeordnete, seine Kollegen und er hätten in den ersten Jahren darum haben kämpfen müssen, dass der AdR überhaupt als politisches Gremium wahr-

Klagerecht eingeführt worden, dass dem AdR ein Interventionsrecht gebe, welches weit über eine bloße Beratungskompetenz hinausgehe. Man sei nun viel stärker in die Kontrolle von Subsidiaritätsverstößen und damit in die Kontrolle der Europäischen Institutionen eingebunden.

NUTZEN

Schließlich warf Dammeyer die Frage auf, welchen Nutzen der AdR ganz konkret für NRW gehabt habe, denn das sei nicht nur das bevölkerungsreichste Bundesland, sondern auch die größte Region der EU. Seine Antwort war eindeutig: NRW konnte von der Arbeit des AdR profitieren. Gerade bei der Verteilung der EU-Fördermittel konnten sich die Interessen Nordrhein-Westfalens behaupten. Aus diesem Grund forderte er die Abgeordneten des Ausschusses auf, auch in Zukunft Einfluss auf den AdR zu nehmen und mitzugestalten.

Die Sprecherinnen und Sprecher der Fraktionen im Ausschuss sprachen Dammeyer ihren herzlichen Dank aus. Gabriele Sikora (SPD) betonte, mit Dammeyer habe ein engagierter und überzeugter europäischer Regionalpolitiker dazu beigetragen, dass der AdR heute die Kompetenzen hat, von denen man vor einem Jahrzehnt noch nicht hoffen konnte, sie einmal zu bekommen. Edith Müller (GRÜNE) betonte, sie halte es für sehr klug, die Brüssler Gewaltenteilung um eine Konsultative zu erweitern; diese sei für den Meinungsbildungsprozess nicht zu unterschätzen und müsse noch ausgebaut werden. Ilka Keller (CDU) und Dietmar Brockes (FDP) dankten ebenfalls für die Arbeit, die Dammeyer auch für den Landtag NRW geleistet habe.

Die vierte Gewalt

Zehn Jahre Ausschuss der Regionen

In der Sitzung des Ausschusses für Europa- und Eine-Welt-Politik am 1. Dezember hat Staatsminister a. D. Professor Dr. Manfred Dammeyer (SPD) über das zehnjährige Jubiläum des Ausschusses der Regionen berichtet (AdR) berichtet.

zess der EU gefunden, aber die Anfänge des AdR seien schwer gewesen. Zwischen Anspruch und Misstrauen habe er sich in den zehn Jahren seines Bestehens seinen Platz in Brüssel mühevoll erkämpfen müssen. So weiß es auch Professor Dr. Dammeyer dem Ausschuss für Europa und Eine-Welt-Politik zu berichten. Mit Dammeyer sprach ein Politiker, dem die Belange der europäischen Regionen eine Herzensangelegenheit sind. Von Anfang an hat er die Arbeit des AdR aktiv – als Mitglied, Präsident, Vizepräsident und Vorsitzender der sozialdemokratischen Fraktion – begleitet.

genommen wurde. Anfangs sogar mit Misstrauen beäugt, fürchteten die Vertreter der Institutionen in Brüssel einen Kompetenzverlust des Europäischen Parlaments. Aber trotz der anfänglichen Schwierigkeiten seien die Beziehungen zu den Institutionen der EU heute sehr gut.

Dennoch kritisierte Dammeyer, dass der AdR bis heute keine Beschlussfassungskompetenz habe, die Einflussnahme des Ausschusses sei nur politisch und nicht verbindlich. Gleichwohl habe man in den letzten Jahren feststellen können, dass der Einfluss gerade in der Entstehung von Gesetzgebungsakten nicht zu unterschätzen sei. Nicht selten fänden sich Formulierungen in Richtlinien wieder, die Stellungnahmen des AdR entsprächen. Dammeyer, der als Vertreter des AdR im Europäischen Verfassungskonvent gewesen ist, betonte, dass sich auch durch den Europäischen Verfassungsvertrag einige - für den AdR positive - Änderungen vollziehen würden, die die Rechte des Ausschusses stärkten. So sei ein

„GEBURTSFEHLER“

Dammeyer erläuterte, dass es die Geburtsfehler der frühen Jahre seien, die sich auch heute noch in der Arbeit bemerkbar machten. Die Struktur des AdR leide darunter ein Nachbild des Wirtschafts- und Sozialausschusses (WSA) zu sein. Dies hatte zur Folge, dass für den AdR zunächst die Geschäftsordnung des WSA galt. Bis zum In-Kraft-Treten des Ams-



Mit Engagement und Sachkenntnis berichtete Professor Dr. Dammeyer über sein zehnjähriges Wirken im Ausschuss der Regionen. Fotos: Schälte

+++Aktuelles+++ aus den Ausschüssen

Noch immer keine Einigung: Der Ausschuss für **Innere Verwaltung und Verwaltungsstrukturreform** (Vorsitz Klaus Stallmann, CDU) hat die abschließende Beratung und Abstimmung über den Gesetzentwurf der Koalitionsfraktionen zum Thema Korruptionsbekämpfung (Drs. 13/5952) erneut vertagt. Da zahlreiche juristische Bereiche betroffen seien, befürworteten alle Fraktionen eine stärkere Einbeziehung des mitberatenden Rechtsausschusses. Dieser hatte sich eines Votums enthalten. In einer Sondersitzung des Innenausschusses zusammen mit dem Rechtsausschuss soll der Entwurf noch in diesem Jahr verabschiedet werden.

+++

Soll schon die Vorbereitung darauf, den Autotacho um ein paar Kilometer zurückzustellen, strafbar sein? Der **Rechtsausschuss** (Vorsitz Dr. Robert Orth, FDP) wollte das in seiner Beratung zum Thema Tachomanipulation mehrheitlich so nicht beschließen. Der Grund: Rechtliche Bedenken, die Vorbereitung einer Tat schon zur Straftat zu machen. Nachrichtlich nahmen die Abgeordneten zur Kenntnis, dass sich auch die Entwicklung fälschungssicherer Tachos als sehr schwierig erweist, da es eine Möglichkeit geben muss, Tachos im Bedarfsfall legal zu justieren.

+++

Schon zum zweiten Mal innerhalb von 13 Monaten wird die Deutsche Bahn Regio AG die Fahrpreise erhöhen. Obwohl nahezu alle Bundesländer diesem Antrag eine klare Absage erteilten, wurde die „Tarifanpassung“ jetzt vom Bundesverkehrsministerium zum 12. Dezember 2004 genehmigt. Dies nahmen die Grünen zum Anlass, diese Entscheidung im Rahmen einer Aktuellen Viertelstunde nochmals auf die Tagesordnung im **Verkehrsausschuss** (Vorsitz Manfred Hemmer, SPD) zu bringen. Alle Fraktionen wollten es sich nicht nehmen lassen, ihre Ablehnung der Preiserhöhung nochmals zu unterstreichen. In Anbetracht der nicht lange zurückliegenden Erhöhung und vor dem Hintergrund sinkender Fahrgastzahlen sei dies ein „grundfalsches Signal“. Auch Verkehrsminister Dr. Axel Horstmann (SPD) machte seinem Unmut Luft: Er halte die Preiserhöhung in einer Größenordnung von bis zu 3,9 Prozent für „vollkommen verfehlt“ und „unnötig“.

+++

Mit den Auswirkungen der Nachtragshaushalte 2004 und 2005 auf das

Gemeindefinanzierungsgesetz 2004 und 2005 (Drsn. 13/6200, 13/6201) beschäftigte sich der **Ausschuss für Kommunalpolitik** (Vorsitz Jürgen Thulke, SPD). Schwerpunkte der Diskussion waren die vorgesehene Kreditierung der Minderbeträge im Steuerverbund auf das Jahr 2006 – die Mindereinnahmen sollen zur Planungssicherheit für die Kommunen nicht auf die Jahre 2004 und 2005 umgerechnet werden – sowie die Umsetzung der Hartz-IV-Regelungen. Durch letztere ergibt sich die Verteilung einer Wohngeldentlastung des Landes an die Kommunen von mittlerweile 450 Millionen Euro abzüglich der Aufbauhilfe Ost in Höhe von 220 Millionen, die nach der Zahl der Sozialhilfeempfänger und der Zahl der Arbeitslosenempfänger erfolgen soll.

+++

Bürgerinnen und Bürger haben manchmal Ärger mit Ämtern und Behörden. Der **Petitionsausschuss** (Vorsitz Barbara Wischermann, CDU) des Landtags hilft. Allein im ersten Halbjahr 2004 erreichten den Ausschuss knapp 2.800 Eingaben, von denen bereits gut 2.700 abschließend behandelt werden konnten. Die nächste Sprechstunde in der Dependence des Landtags, der Villa Horion, ist für den 13. Dezember vorgesehen. Vorab ist eine telefonische Anmeldung unter 0211/884-4444 erforderlich.

+++

Wegen „internen Beratungsbedarfs innerhalb der Koalitionsfraktionen“ verzichtete der **Ausschuss für Schule und Weiterbildung** (Vorsitz Dr. Heinz-Jörg Eckhold, CDU) in seiner letzten Sitzung auf die abschließende Beratung der Anträge zum Schulgesetz. Geplant ist diese nun für den 10. Dezember im Ausschuss und im Plenum am 15. und 16. Dezember.

+++

Über die internationale Kulturpolitik seines Hauses berichtete Minister Dr. Michael

Vesper (GRÜNE) im **Kulturausschuss** (Vorsitz Dr. Renate Düttmann-Braun, CDU). 450.000 Euro seien im Haushaltsjahr 2004 für den Bereich internationale Kulturförderung veranschlagt. „Es ist erstaunlich, was sich mit diesen geringen Mitteln erreichen lässt“, sagte der Minister. NRW unterhalte unterschiedlichste kulturelle Austauschprogramme mit Dänemark, Norwegen und Großbritannien. In Zukunft solle die Zusammenarbeit mit den baltischen Staaten erweitert werden. Nächstes Jahr werde es zu einer engen Zusammenarbeit zwischen der Finnischen Nationaloper und der Deutschen Oper am Rhein, sowie dem Nationaltheater Helsinki und dem Schauspielhaus Düsseldorf kommen.

+++

Der Antrag der FDP-Fraktion zur Abschaffung der Hundesteuer und der Jagdsteuer in NRW (Drs. 13/5762), der dem **Kommunalausschuss** federführend zur abschließenden Beratung und Abstimmung zugewiesen war, wurde mit den Stimmen der Fraktionen der SPD, CDU und GRÜNEN gegen die Stimmen der Antragsteller abgelehnt.

+++

Mit den Plänen zum Neubau der JVA Düsseldorf-Ratingen beschäftigte sich erneut der **Rechtsausschuss**. Hier stieß der Plan der Landesregierung auf Kritik, die geplanten privaten Dienstleistungen auf 25 Jahre auszuschreiben. Mit so lang laufenden Verträgen nehme man sich bei diesem neuen Konzept die Möglichkeit, nach einer Testphase neu zu entscheiden.

+++

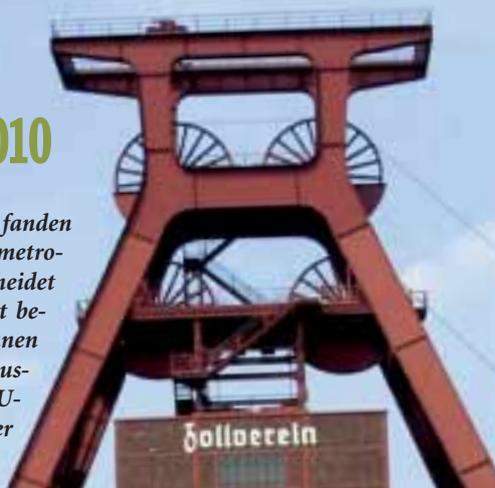
Der Nachtragshaushalt des Landes wird den **Haushalts- und Finanzausschuss** (Vorsitz Volkmar Klein, CDU) demnächst noch einmal im Rahmen einer öffentlichen Anhörung beschäftigen. Am 20. Januar geht es sowohl um den zweiten Nachtrag für 2004 wie um den Nachtrag für 2005.



Illustration: h₂m

„Ein Feuerwerk an Aktivitäten“ Essen auf dem Weg zur Kulturhauptstadt 2010

Köln, Münster und Essen wollten Kulturhauptstadt 2010 werden. Die Experten fanden Essens Bewerbung am aussichtsreichsten. Damit ist die erste Hürde der Ruhrgebietsmetropole auf dem Weg zur Kulturhauptstadt genommen. Mitte nächsten Jahres entscheidet der Bundesrat, welche deutsche Stadt ins Rennen geschickt wird. Für die FDP ist besonders die Transparenz des Auswahlverfahrens wichtig. Die Bewerberkommunen müssten wissen, warum die Jury sich gegen sie entscheide, fordert der Antrag „Auswahlverfahren zur ‚Kulturhauptstadt Europas 2010‘ transparent gestalten, EU-Planungs- und Evaluierungskriterien strikt einhalten!“ (Drs. 13/6023), über den der Kulturausschuss unter dem Vorsitz von Dr. Renate Düttmann-Braun (CDU) beriet.



Über, ob es aus deutscher Sicht sinnvoller sei, eine oder mehrere Städte zu benennen, herrschte Uneinigkeit unter den Anwesenden. Der FDP-Antrag sieht vor, nur eine Bewerberstadt zu wählen, da über die qualifizierteste deutsche Bewerbung am sinnvollsten in Deutschland entschieden werden könnte. Dr. Michael Vesper (GRÜNE), Minister für Städtebau, Wohnen, Kultur und Sport in NRW erwartete jedoch, dass der Bundesrat mehrere Bewerber melden werde. Davon würde Essen profitieren. „Das Ruhr-

gebiet hat sich aus eigener Kraft beispielhaft von der Industrie- zur Kulturregion gewandelt“, sagte der Minister. „Wir werden ein Feuerwerk an Aktivitäten entfalten und zeigen, dass Essen ein optimaler Partner für Europa ist“, versprach der Minister.

Die SPD-Fraktion sah den Antrag der FDP als in der Sache erledigt an. „Wir haben alles für Essen getan, was uns möglich war“, äußerte sich Manfred Böcker (SPD). „Sie können doch nicht die Experten berufen und dann verlangen, dass sie sich rechtfertigen“, wandte

Oliver Keymis (GRÜNE) gegen den FDP-Antrag ein.

Brigitte Capune-Kitka (FDP) erklärte den Antrag für erledigt und verzichtete auf eine Abstimmung. Sie bekräftigte jedoch die Notwendigkeit, die Kriterien der Auswahl offen zu legen. Es sei unerlässlich, den Bewerbern die Gründe zurück zu melden, aus denen man sich für einen anderen Bewerber entschieden hätte. Richard Blömer (CDU) schloss sich an und fand, dass die „Verlierer“ von einer Rückmeldung nur profitieren könnten. YV

Rhein-Ruhr-Express ausgebremst Verkehrsausschuss: Koalition und Opposition leisten sich hitzige Debatte

Bei den vorgenommenen Änderungen in ihrem Antrag handele es sich lediglich um kleinere „Nachbesserungen“ und eine „Anpassung an die aktuellen Umstände“, erklärten die Koalitionsfraktionen. So wurde zum einen der frühere Name des Projekts „MetroExpress“ durch „Rhein-Ruhr-Express“ ersetzt. Darüber hinaus verabschiedete sich Rot-Grün von dem aus heutiger Sicht utopischen Zeitpunkt 2006, zu dem die Schnellbahnverbindung eigentlich fertig gestellt sein sollte. Gleichzeitig wurden die in der mittlerweile ein Jahr alten Urfassung des Antrags noch enthaltenen Hinweise auf die verkehrlichen Herausforderungen durch die Fußball-Weltmeisterschaft 2006 gestrichen.

Man wolle mit diesem „überarbeiteten Antrag“ die Landesregierung erneut und mit Nachdruck dazu auffordern, den Druck bei den Verhandlungen mit dem Bund zu erhöhen, erklärte Gerhard Wirth (SPD). Man habe das Wort des Kanzlers, der finanzielle Unterstüt-

zung für das Vorhaben des Landes NRW durch die Bundesregierung zugesichert habe, „und darauf setzen wir“, so Wirth weiter. Für eine schnelle Umsetzung des Projekts Rhein-Ruhr-Express brauche der Landesverkehrsminister „den geschlossenen Rückhalt des gesamten Parlaments“, ergänzte Johannes Rimmel (GRÜNE).

STUFENPLAN

Diesen Rückhalt wollten die Oppositionsfraktionen im Hinblick auf die Neufassung des Antrags jedoch nicht geben. Im Gegenteil: Der Antrag sei ein „Dokument des Scheiterns“, wie es Christof Rasche (FDP) nannte. Er zeigte kein

Dämpfer für Rot-Grün: So schnell, wie eines Tages der Rhein-Ruhr-Express durchs Land fahren soll, so schnell erhofften sich die Koalitionsfraktionen auch eine Abstimmung über die Neufassung ihres Antrags „Rhein-Ruhr-Express auf die Schiene setzen“ (Drs. 13/4739). Doch die Opposition machte einen Strich durch die Rechnung. In der Kürze der Zeit seien die vorgenommenen Änderungen des Antrags nicht vollends zu überblicken. Sie beantragte daher eine Sachverständigenanhörung für Anfang nächsten Jahres. Beide Seiten warfen sich gegenseitig „Wahltaktik“ vor.

Verständnis dafür, dass die in der Urfassung enthaltene Idee, einen Stufenplan zur Umsetzung des Projekts zusammen mit dem Bundesverkehrsministerium zu entwickeln, herausgestrichen worden ist. Stattdessen sieht die Neufassung eine Machbarkeitsstudie vor, dessen Ergebnis Ende 2005 vorgelegt werden soll. Heinz Hardt (CDU) nannte dies ein „Trauerspiel“. „Wir wollen nicht bis Ende 2005 warten, um zu erfahren, ob der Rhein-Ruhr-Express realisierbar ist, sondern wir wollen jetzt Klarheit haben.“ Stellvertretend für seine Fraktion beantragte er daher für Anfang kommenden Jahres eine Anhörung von Sachverständigen zu dem Antrag. Als Termin wurde der 16. Februar genannt. ax

Sport und Wissenschaft spielen im Leben von Dr. Hans Kraft, SPD-Abgeordneter aus Ratingen, eine herausragende Rolle. Für seine besonderen Verdienste auf diesen Gebieten (und darüber hinaus in den Bereichen Forschung und Kommunalpolitik) ist ihm jetzt das Bundesverdienstkreuz 1. Klasse von Landtagspräsident Ulrich Schmidt überreicht worden. Der Präsident sagte dabei: „In unserem Gemeinwesen wären alle Programme und Vorhaben, alle Projekte und Pläne vergeblich, ließen sich nicht Menschen finden, die bereit wären mit-zuhelfen, eine humane, solidarische und lebens-werte Gesellschaft zu bauen.“

Foto:
Schälte



Mehr Geld für mehr Leistung

Professorenbesoldung war Thema einer Anhörung

Seit 2002 erlaubt der Bundesgesetzgeber die leistungsorientierte Professorenbesoldung. Professoren, die viel leisten, sollen besser bezahlt werden - und umgekehrt. Wie das im Detail aussehen wird, ist Ländersache. Das achte Gesetz zur Änderung des Besoldungsgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (Drs. 13/5958) sieht ein festes Grundgehalt vor, das durch leistungsabhängige Zulagen aufgestockt werden kann. Zu diesem Thema lud der Unterausschuss Personal des Haushalts- und Finanzausschusses (Vorsitz Manfred Palmen, CDU) zu einer öffentlichen Anhörung ein.

Für NRW sieht es so aus, dass die leistungsabhängigen Zulagen zum Grundgehalt zum Teil befristet sind. Das bedeutet, dass jemand von seinem höheren Gehalt wieder „heruntergestuft“ werden kann. Außerdem haben nicht alle Zulagen Auswirkungen auf die Höhe der Rentenbezüge.

Für Ludwig Tillmann, Leiter des Kölner Wirtschaftsforums, werde dadurch der Quereinstieg in die akademische Laufbahn unattraktiv: „Es liegt in der Intention des Hochschulrahmengesetzes, auch Praktikern eine Professur schmackhaft zu machen. Dafür braucht es aber Anreize.“ Diese seien durch den Gesetzentwurf nicht gegeben. „Der Einkommensverlust, der in Kauf genommen werden

muss, wenn aus der freien Wirtschaft in die Professur gewechselt wird, ist erheblich“, sagte Tillmann.

„Wir werden Probleme bekommen, qualifizierte Bewerber zu finden“, wagte Professor Dr. Joachim Metzner, Vertreter der Landeskonferenz der Fachhochschulrektoren, einen Blick in die Zukunft.

Dr. Kai Handel vom Centrum für Hochschulentwicklung befürchtete, dass NRW dadurch Standortnachteile entstehen: „Das qualifizierte Personal wird in andere Bundesländer abwandern, um dort zu unbefristeten Bezügen zu kommen.“

Abgesehen von dieser Kritik herrschte unter den Sachverständigen allerdings Übereinstimmung, dass „der Gesetzentwurf ein Schritt in die richtige Richtung“ sei. **YV**

FCL im österreichischen Burgenland

Wind und Wein als starke Gegner

Viel vorgenommen hatte sich der FC Landtag. Er wollte die gute Leistung von Wuppertal bestätigen und seine international weitgehend weiße Weste behalten. Die Umsetzung des Vorhabens im Nachbarland Österreich wurde durch eine ganze Reihe widriger Umstände äußerst kompliziert: Die strapaziöse Anreise mitten in der Nacht, der Wein beim Empfang durch den burgenländischen Landtagspräsidenten Prior, keinerlei Ruhepause bis zum Auflaufen, ein holpriger Platz, ein böiger kalter Wind und dann auch noch der Ausfall von Torhüter Rene Markgraf, der verletzt den Platz verlassen musste.

Von diesem Schock erholte sich das sensible Parlamentsteam lange nicht. Hinzu kam, dass die burgenländische Mannschaft darauf brannte, den „Deutschen“ eine Klatsche zu verpassen. Das Verständnis zwischen der FCL-Abwehr und dem aus dem Burgenland kooptierten Torhüter klappte nicht so recht, und ehe die Mannen um Wolfgang Euteneuer das Spiel beruhigen konnten, lagen sie im Rückstand. Bernhard Tenhumberg im defensiven Bereich, Werner Jostmeier und Thomas Mahlberg als rotierende Mittelfeldachse und der immer torgieriger Willi Nowack in der Sturm-
spitze

bildeten die sonst so gefürchtete Abgeordneten-Raute, die aber in diesem Match nicht wirklich ihre Wirkung entfalten konnte.

Noch vor der Pause allerdings gelang dem FCL eine sehenswerte Kombination über Jupp Föhles, der Jörg Krause ins Spiel brachte, der wiederum Norbert Stiens in die Gasse schickte. Dieser scheiterte zunächst am glänzend reagierenden Keeper der Burgenländer, konnte aber dann doch im Nachsetzen den Ball über die Torlinie bugsieren.

Mit frischem Mut kam der FCK aus der Kabine. Da ging noch was. Dirk Schüttrumpf hielt es nicht mehr am Spielfeldrand, resolut

wechselte er sich selbst ein, vehement zog er seine Kreise und sorgte tatsächlich in den letzten fünf Minuten für erhebliche Unruhe auf dem grünen Rasen. Der Erfolg stellte sich kurz vor Schluss ein. Werner Mayer überlistete durch eine präzise getimte Flanke die gesamte Burgenländer Abwehr, Norbert Stiens köpfte den Ball im Flug ins Tor. Der sehr engagierte Jürgen Coße, vorne wie hinten zu finden, musste einige Hiebe einstecken, seine lautstarke Beschwerde beim Schiedsrichter fruchtete jedoch nicht.

Nach dem Spiel beruhigten sich die Gemüter sehr schnell. Die Burgenländer kümmerten sich sehr charmant um die Spielerfrauen des FCL. Die Spieler des FCL kümmerten sich sehr fürsorglich um den dargebotenen burgenländischen Wein. Es war ein schönes verlängertes Wochenende mit der Besichtigung von Wien, mit dem Besuch des Schlosses Esterhazy und des Haydn-Museums, mit einer Fahrt zum Neusiedlersee und einer Weinprobe im Weindorf Rust.

Wandel durch Handel Abgeordneter legt Buch über Manager als Diplomaten vor

Der steinige Weg der deutschen Industrie nach Osten im Zeitalter des Systemgegensatzes und der Blockkonfrontation ist ein weitgehend unbekanntes Kapitel deutscher Zeitgeschichte, das Karsten Rudolph auf breiter Quellengrundlage erschlossen hat. Anschaulich und spannend schildert der Autor, der nicht nur SPD-Landtagsabgeordneter (Ausschuss für Innere Verwaltung und Verwaltungsstrukturreform, Kulturausschuss) ist, sondern auch als Privatdozent für Neuere und Neueste Geschichte an der Ruhr-Universität Bochum lehrt, wie aus Geschäftsleuten Diplomaten und aus Unternehmern Außenpolitiker wurden, die trotz des Ost-West Gegensatzes den Spagat zwischen einem guten Geschäftsabschluss und politischer Opportunität zu meistern verstanden.

Bei Rudolph steht jedoch nicht die ökonomische Entwicklung des Ost-West Geschäftes, sondern das diplomatische Engagement der im Osthandel tätigen Unternehmer, Manager und Verbandsvertreter im Vordergrund. Ein Ergebnis ist, dass sich im Ost-West-Konflikt die politische Welt von der Sphäre des Handels unterschied. Westdeutsche Kapitalisten wurden von osteuropäischen Kommunisten mit offenen Armen empfangen, was den frostigen Kontakten der Staatsmänner zwischen Ost und West widersprach. Diese Konstellation bedingte in den 50-er und 60-er Jahren ständiges Misstrauen der Politik gegenüber den im Ostgeschäft tätigen Unternehmern.

ANNÄHERUNG

Dabei waren die westdeutschen Unternehmer nach 1945 zunächst pragmatisch daran gegangen, da anzuknüpfen, wo sie vor dem Krieg aufgehört hatten. Sie betrachteten Osteuropa als angestammten Absatzmarkt und natürliches Rohstofflager. Die Alliierten zwangen die deutsche Industrie jedoch, ihre frühere Orientierung am ost- und südosteuropäischen Wirtschaftsraum vorläufig aufzugeben. Die deutschen Unternehmer vollzogen auf Druck der Bundesregierung den Schwenk in Richtung Westen mit. Langsam aber kontinuierlich passten sie jedoch ihre Osthandelsinteressen mit Hilfe des Ostausschusses der deutschen Wirtschaft in das Konzept der Westintegration ein und bauten das Ost-Westgeschäft zu einer konstanten Größe im bundesdeutschen Außenhandel auf. Eher als die Politik akzeptierten die Geschäftsleute, dass alle Handelswege in den Osten über Moskau führten.

Im Gegensatz zum angespannten Verhältnis, das unter den Kanzlern Adenauer und Erhard zwischen der Außenpolitik und dem Osthandel herrschte, bewertete die „Neue Ostpolitik“ die Wirtschaftsbeziehungen zum



Osten als wichtigen Baustein des „Wandels durch Annäherung“. Persönlichkeiten der deutschen Wirtschaft, die sich besonders im Ost-Geschäft engagierten, avancierten zu gerngesehenen Brückenbauern nach Mittel- und Osteuropa wie etwa der Präsident des Deutschen Industrie- und Handelstages (DIHT) Otto Wolff von Amerongen oder der Krupp-Chef Berthold Beitz, der Kanzler Willy Brandt freundschaftlich verbunden war.

Unter dem veränderten politischen Rahmen führten sie den Ost-Westhandel sehr zum Argwohn der Westalliierten zur Blüte. Der Osthandel bekam ein größeres Gewicht und entwickelte eine Eigendynamik. Es blieb

jedoch dabei, dass im Großen und Ganzen die bundesrepublikanische Industrie neue Technologie und hochwertige technische Ausrüstungen und Anlagen anbot, die von den Ostblockstaaten zeitlich gestreckt gegen Rohstoffe getauscht wurden. In den 80-er Jahren kam es zu einer Krise, da die osteuropäischen Volkswirtschaften unter ihrer wachsenden Verschuldung und chronischem Devisenmangel litten. Während der Ost-West Handel in den 60-er Jahren eine spannungsdämpfende Wirkung hatte, die der „Neuen Ostpolitik“ den Weg bereitete, verpasste die bundesdeutsche Wirtschaft den Zusammenbruch der Verwaltungswirtschaften im Umbruch 1989/90. Selbst die Unternehmer hatten den Wandel nicht für möglich gehalten.

ECHO

Rudolphs Habilitationsschrift ist klar strukturiert, sehr flüssig und packend geschrieben. Es werden sowohl die Strukturen und das jeweilige ostpolitische Tagesgeschehen als auch die prägenden Unternehmerpersönlichkeiten plastisch charakterisiert und geschildert. Dem sehr gut lesbaren Buch, das ohne lange Zitate und Forschungsdiskussionen im Anmerkungsapparat auskommt, ist ein breites Echo beim zeitgeschichtlich interessierten Leserkreis zu wünschen.

Dr. Anselm Tiggemann

Karsten Rudolph: Wirtschaftsdiplomatie im Kalten Krieg – Die Ostpolitik der westdeutschen Großindustrie 1945-1991, Campus-Verlag, Frankfurt/New York 2004, 455 Seiten, 39 Euro, ISBN 3-593-37494-3

SPD

Unterstützung des Mittelstandes schafft neue Investitionen

Die mittelständischen Unternehmen in Nordrhein-Westfalen sind die Basis für Wachstum und Beschäftigung. Dieses Potenzial wollen wir stärker mobilisieren. Wir fordern die Landesregierung auf, in Kooperation mit der NRW-Bank verstärkt kleinere und mittlere Unternehmen frühzeitig zu unterstützen.“ Das erklärte der wirtschaftspolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Werner Bischoff. Junge und innovative Unternehmen gäben wichtige volkswirtschaftliche Impulse. Das Land müsse bereits bei der Entwicklung und Patentierung von neuen Produkten und Patenten auch eine finanzielle Unterstützung gewährleisten. „Oftmals können die Unternehmen ihre Patente nicht in marktfähige Produkte umwandeln, weil ihnen die finanziellen Mittel fehlen. Diese Lücke muss das Darlehensprogramm „Gründungs- und Wachstumsfinanzierung“ der NRW-Bank schließen“, forderte Bischoff.

Die SPD-Landtagsfraktion hat einen Antrag über Finanzierungsinstrumente für kleine und mittlere Unternehmen beschlossen. Darin steht das zum 1. August 2004 neu strukturierte Programm der NRW-Bank im Mittelpunkt. „Dieses Programm ist hervorragend geeignet, Existenzgründer und Unternehmen in der Wachstums- und Festigungsphase zu unterstützen“, stellte Bischoff fest. Doch angesichts des allgemeinen Rückzuges privater Geldgeber, müssten weitere Konzepte entwickelt werden, die helfen, zukunftsweisende Innovationen und somit erhebliche volkswirtschaftliche Impulse für das Land umzusetzen. 🗣️

FDP

FDP: Rot-Grün muss Hamster-Posse stoppen

Er wird gerade mal 30 Zentimeter groß und wiegt bis zu 500 Gramm: der Feldhamster. Doch nun bringt das Nagetier in Grevenbroich den geplanten Bau des mehr als zwei Milliarden Euro teuren Braunkohlekraftwerks mit optimierter Anlagentechnik (BoA) in Gefahr. Schuld daran ist der BUND. Der vermutet auf dem für den Bau vorgesehenen Gelände den vom Aussterben bedrohten Feldhamster – drei Winterbaue seien entdeckt worden – und will das bedeutende Projekt blockieren. „Das ist ein Stück aus dem Tollhaus“, kritisiert der wirtschaftspolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion Dr. Gerhard Papke. Denn außer leeren Winterbauen, sei auf dem Gelände keine Spur von den Hamstern zu finden. „Es bahnt sich die Wiederholung eines ‚Hamsterstreits‘ an, wie wir ihn bereits im Jahr 2001 um das Gewerbegebiet Aachen/Heerlen erlebt haben. Die Landesregierung muss diese Posse beenden und sich klipp und klar zu dem Investitionsprojekt bekennen“, forderte Papke. Es könne nicht sein, dass ein für die Region so wichtiges Projekt durch bloße Verdachtsanstellungen des BUND gefährdet und zahlreiche Arbeitsplätze aufs Spiel gesetzt werden. „Es ist doch für jeden offensichtlich, was für ein Spiel die Naturschützer treiben: Sie missbrauchen die Hamster als Hebel zur Verhinderung der von ihnen seit Jahren bekämpften Braunkohlenutzung in NRW.“ 🗣️

CDU

Jürgen Rüttgers mit Europäischem Handwerkspreis ausgezeichnet

In einer Feierstunde mit rund 400 Gästen wurde der Landes- und Fraktionsvorsitzende der CDU-NRW, Jürgen Rüttgers, mit dem Europäischen Handwerkspreis in Köln ausgezeichnet. Der Vorsitzende des nordrhein-westfälischen Handwerkstags, Hansheinz Hauser, begründete die Auszeichnung mit Rüttgers' Verdiensten um die Förderung der beruflichen Bildung in Nordrhein-Westfalen. Hauser betonte in seiner Laudatio, Rüttgers habe die Sicherung des Standortes Deutschland durch Bildung zum Leitmotiv seines politischen Handelns erhoben. Er habe sich dabei insbesondere um die Weiterentwicklung des Beruflichen Bildungswesens verdient gemacht. Besonders hervorzuheben sei die Modernisierung zahlreicher Ausbildungsberufe und die Einführung des so genannten Meister-Bafögs in der Amtszeit von Rüttgers als Zukunftsminister. Rüttgers' Insistieren auf dem Faktor der Qualifikation als „dem einzigen Rohstoff des Landes“ habe einer der führenden Volkswirtschaften den Weg gewiesen, um verlorenen Boden unter den EU-Nationen wieder gutzumachen.



Jürgen Rüttgers folgt als Preisträger unter anderem Altkanzler Helmut Kohl, Bundeswirtschaftsminister Wolfgang Clement und Altbundespräsident Johannes Rau. 🗣️

GRÜNE

GRÜNE: Fahrgastrechte gesetzlich garantieren

Wer kennt das nicht: Ein Zug fällt aus oder kommt viel zu spät, und schon ist man verspätet am Arbeitsplatz oder verpasst einen wichtigen Termin. Entschädigungen für die Fahrgäste werden erst ab einer Stunde vorgesehen. Beschwerden bei den Verkehrsunternehmen werden allzu häufig mit nichts sagenden Antwortbriefen abgetan. Dies soll sich ändern, fordern die Grünen, und haben gemeinsam mit der SPD einen Gesetzentwurf eingebracht, der einklagbare Rechte für Fahrgäste im Nah- und Fernverkehr beinhaltet. So soll es auch in Bussen und Bahnen gutes Geld künftig nur für gute Leistungen geben. Ab einer Verspätung von 20 Minuten sollen die Fahrgäste Anspruch auf eine kostenfreie Rückfahrt oder Erstattung der Kosten für eine Taxifahrt oder andere Transportmittel erhalten. Darüber hinaus wird die Beweislast für Verspätungen oder Zugausfälle jetzt bei den Verkehrsunternehmen liegen. Die Stärkung der Fahrgastrechte und der davon ausgehende Druck auf die Verkehrsunternehmen werden die Leistungen in Bussen und Bahnen deutlich verbessern. Chaotische Verhältnisse, wie sie die Bahn im letzten Herbst abgeliefert hat, werden sich die Verkehrsunternehmen zukünftig nicht mehr erlauben können. In keinem anderen Bereich bleiben Unternehmen bei nicht erbrachter Leistung von Konsequenzen verschont. Ein Konzern, der mit aller Macht an die Börse strebt, darf bei den Kundenrechten nicht im letzten Jahrhundert stehen bleiben. 🗣️



Porträt der Woche: Dr. Thomas Rommelspacher (GRÜNE)

Städtebauliche Visionen nicht nur am Reißbrett zu entwerfen, sondern auch zu erden. Menschen bei der Planung ihres Lebensraumes mitzunehmen. Das ist der Spagat aus theoretischem Anspruch und praktischer Projektrealisierung, der Dr. Thomas Rommelspacher von Studentenzeiten an bis heute fasziniert. Auch zu den Grünen stieß der inzwischen als „junger Alter“ durchgehende 57-jährige Essener Abgeordnete über seinen „Doppelberuf“ als Sozialwissenschaftler und Stadtplaner: Bei der Beratung von Bürgerinitiativen im Ruhrgebiet, die sich in den siebziger Jahren zum größten Teil mit Erfolg – gegen den Brachialabriss von Zechenwohnungen wehrten. „Da waren wir unserer Zeit weit voraus“, blickt Rommelspacher noch heute mit Stolz über die gelungene Sanierung klassischer Arbeitersiedlungen wie Flöz Dickbank in Gelsenkirchen oder die Kolonien Dorstfeld in Dortmund, Ickern in Castrop-Rauxel oder Teutoburgia in Herne zurück.

Zu diesem Zeitpunkt hatte der promovierte und habilitierte Akademiker seine erste Karriere als Politiker allerdings schon eine Weile hinter sich: Bei den Jungsozialisten und im Sozialistischen Hochschulbund (SHB), in dem er gemeinsam mit dem späteren langjährigen NRW-Städtebauminister Christoph Zöpel an der noch jungen Bochumer Ruhr-Universität dem Gründungsrektor Kurt Biedenkopf zusetzte.

Das Jahr 1968, das einer gesamten politischen Bewegung in Europa und den USA seinen Namen gab, wurde auch für Rommelspacher zu einem prägenden Datum: Er war

dabei auf dem Höhepunkt der Studentenunruhen in Paris und er beendete das Kapitel SPD wie viele Linke seiner Generation mit den von der Großen Koalition in Bonn durchgesetzten Notstandsgesetzen. In die zweite „grüne“ Politik-Karriere geriet er weniger gezielt geplant als vielmehr en passant, sagt er im Rückblick auf die ausgehenden siebziger Jahre. Um die diffuse linksalternative Szene in Essen besser zu bündeln, gründete er mit Freunden in der Ruhrstadt die Grün-Alternative Liste (GAL), die später mit den „richtigen“ Grünen fusionierte. Für diese saß Rommelspacher drei Legislaturperioden im Essener Stadtrat und trieb die Gründung des Grünenbezirks Ruhr voran.

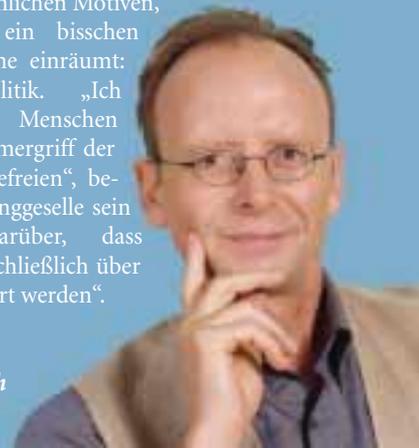
SCHWARZ-GRÜN

Vor wenigen Tagen konnte Rommelspacher als maßgeblicher „grüner Schmied“ des ersten schwarz-grünen Bündnisses in der zweitgrößten Stadt des Landes die späten Früchte seines langjährigen politischen Wirkens einfahren. Die Entscheidung für das Ratsbündnis mit der CDU sieht Rommelspacher allerdings völlig nüchtern. Sie sei ausschließlich der Arithmetik und der derzeitigen Lage der Essener SPD geschuldet und ohne jede Signalwirkung im Hinblick auf die Landespolitik, versichert er. Und führt wie zum Beweis an, dass er gleichzeitig in Verhandlungen mit SPD-Generalsekretär Michael Groschek eine rot-grüne Koalition in der Verbandsversammlung des Regionalverbandes Ruhrgebiet (RVR) anstrebe.

Das Kapitel als Berufspolitiker begann für Rommelspacher, der zunächst zwölf Jahre lang freiberuflich oder selbstständig als Städteplaner arbeitete, bevor er als Hochschullehrer in den Landesdienst eintrat, mit den Landtagswahlen 2000. Dass er anschließend seine beruflichen Kompetenzen auch schwerpunktmäßig in seine parlamentarische Arbeit einbrachte, war konsequent. Denn er ist nicht nur ein exzellenter Experte seiner Materie, er kennt auch landesweit viele Fachleute aus der Planerszene. Und nicht zuletzt ist das Städtebau-Ressort fest in grüner Hand.

Dass seine Partei ihm jüngst keinen sicheren Listenplatz gab, ist für Rommelspacher kein Beinbruch. Schon jetzt habe er für den Fall seiner Rückkehr in den Hochschuldienst ein interessantes Projekt im Auge, versichert er. Ein zusätzliches Kompetenzfeld möchte sich der Wohnungs- und Städtebaupolizist auf jeden Fall erobern. Nicht zuletzt auch aus persönlichen Motiven, wie er mit ein bisschen Koketterie gerne einräumt: Die Altenpolitik. „Ich möchte ältere Menschen aus dem Klammergriff der Sozialpolitik befreien“, begründet der Junggeselle sein Missfallen darüber, dass Senioren „ausschließlich über Defizite definiert werden“.

Autor:
Michael Fritsch



Kirche und Öffentlichkeit

Kirchenrat Rolf Krebs (55) ist seit Oktober neuer Leiter des Evangelischen Büros bei Landtag und Landesregierung. Vor kurzem hat Krebs seinen Antrittsbesuch bei Landtagspräsident Ulrich Schmidt gemacht und sich bei dieser Gelegenheit in das Gästebuch des Landtags eingetragen.

Krebs (Bild) wurde in Duisburg-Meiderich geboren und war vor seinem jetzigen Amt 20 Jahre lang Pfarrer, bis er 1996 Superintendent des Evangelischen Kirchenkreises Steinfurt-Coesfeld-Borken wurde, flächenmäßig der größte Kirchenkreis in Westfalen. Seine Erfahrungen an der Schnittstelle zwischen Kirche und Gesellschaft wird Krebs im politischen Umfeld



des Landtags und der Landesregierung fortsetzen können. Für diese große Herausforderung sagte ihm der Landtagspräsident die nötige Unterstützung zu.

Als Leiter des Evangelischen Büros will Krebs nicht nur als Lobbyist, sondern auch als Theologe, der mit „Kompetenz ausgestattet ist“, im Landtag und in der Landesregierung wahrgenommen werden. „Ich werde in Düsseldorf versuchen, eigene Impulse zu geben.“ Krebs würde es gern schaffen, dass „das Evangelische Büro noch ein etwas größeres Gewicht bekommt, möglicherweise auch durch eine erweiterte Zusammensetzung“. Die offizielle kirchliche Einführung ist für den 9. Dezember in der Düsseldorfer Johanneskirche geplant. **IW**

LANDTAG INTERN

Herausgeber: Der Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen, Ulrich Schmidt, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf, Postfach 101143, 40002 Düsseldorf
Redaktion: Stephanie Hajdamowicz (Chefredakteurin), Jürgen Knepper (Chef vom Dienst), Fotoredaktion: Bernd Schälte, Volontär: Axel Bäumer
Telefon (02 11) 884-23 03, 884-23 04, 884-23 09 und 884-25 45, Fax 884-30 70, pressestelle@landtag.nrw.de
Redaktionsbeirat: Carina Gödecke MdL (SPD), Parlamentarische Geschäftsführerin; Helmut Stahl MdL (CDU), Parlamentarischer Geschäftsführer; Marianne Thomann-Stahl MdL (FDP), Parlamentarische Geschäftsführerin; Johannes Remmel MdL (GRÜNE), Parlamentarischer Geschäftsführer; Hans-Peter Thelen (SPD), Pressesprecher; Norbert Neß (CDU), Pressesprecher; Holger Schlienkamp (FDP), Pressesprecher; Rudolf Schumacher (GRÜNE), Pressesprecher.
Nachdruck mit Quellenangabe erbeten
Satz/Gestaltung/Layout: h₂m Kommunikations-Agentur, Duisburg · www.h2-m.de
Herstellung und Versand: VVA Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Höherweg 278, 40231 Düsseldorf
Internet-Adresse: www.landtag.nrw.de
LANDTAG INTERN wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

Geburtstagsliste

Vom 9. bis 23. Dezember 2004

9.12.	Dr. Bernd Brunemeier (SPD)	61
9.12.	Michael Groschek (SPD)	48
10.12.	Ursula Monheim (CDU)	65
13.12.	Professor Dr. Friedrich Wilke (FDP)	61
15.12.	Wilfried Kramps (SPD)	65
15.12.	Hans-Martin Schlebusch (CDU)	58
18.12.	Frank Sichau (SPD)	57
18.12.	Dietmar Brockes (FDP)	34
21.12.	Gerhard Wirth (SPD)	53
22.12.	Josef Wilp (CDU)	66
22.12.	Horst-Dieter Vöge (SPD)	57
23.12.	Heinz Sahnen (CDU)	58

Peter Geelen, Ministerialrat in der Landtagsverwaltung, hat die „Goldene Ehrenmedaille“ des Bundes der Kriegsblinden e.V. erhalten. Geelen ist damit vor allem für seinen Einsatz bei der Petitionsarbeit für die Kriegsblinden geehrt worden.

Ralf Jäger (SPD) ist vom Landtag als stellvertretendes Mitglied in den Ältestenrat und in das parlamentarische Kontrollgremium gewählt worden. Er tritt hier die Nachfolge seines Fraktionskollegen Frank Baranowski an.

Franz-Josef Pangels (CDU), Landtagsabgeordneter aus Erkelenz, ist im Alter von 69 Jahren gestorben. Er erlag einer langen, schweren Krankheit. Landtagspräsident Ulrich Schmidt würdigte Pangels als einen Mann der eher leisen Töne, „wer aber mit ihm in Kontakt kam, spürte schnell, mit welcher großen Energie, Willensstärke und Verbindlichkeit er seine politischen Ziele verfolgte“. Seine parlamentarische Arbeit sei geprägt gewesen von großem Engagement, das er im Petitionsausschuss, im Umweltausschuss, im Verkehrsausschuss und im Ausschuss für Grubensicherheit eingebracht habe, wo er stellvertretender Vorsitzender gewesen sei. „Traurig und bewegt nehmen wir Abschied von einem lieben Menschen, dessen Leid wir gesehen und gespürt, dessen Pflichterfüllung wir erlebt und dessen Tapferkeit wir bewundert haben“, sagte Schmidt den Abgeordneten, die sich von ihren Plätzen erhoben hatten.

Landtagsandacht

Der Beauftragte der Evangelischen Kirchen bei Landtag und Landesregierung, Rolf Krebs, sowie der Leiter des Katholischen Büros, Dr. Karl-Heinz Vogt, laden die Abgeordneten des Landtags NRW am 9. Dezember 2004 ein: 8.00 Uhr Parlamentsfrühstück im Landtagsrestaurant und 9.15 Uhr Landtagsandacht im Raum E 3 Z 03.

Raum für Aufkleber (Postvertrieb)

600 Gäste ...

... sind zum Tag der Geoinformationswirtschaft in den Landtag gekommen.

Ein dichtes und anspruchsvolles Programm erwartete Ende vergangenen Monats Experten aus Wissenschaft und Verwaltung. Bei seiner Begrüßung unterstrich Landtagspräsident Ulrich Schmidt den Wert der Geoinformationswirtschaft. Sie helfe den Menschen, ihre Umwelt zu organisieren, zu erhalten und zu managen. Die politische Bedeutung liege darin, dass Geoinformationen Voraussetzung für wichtige Entscheidungen sind, die Auswirkungen auf Investitionen und Arbeitsplätze haben. – Unser Bild zeigt einen Plotter, mit dem der Geologische Dienst NRW die Grundwasservorkommen des Landes darstellte. Foto: Schälte